MARKTGEMEINDE ZIRL
Bezirk Innsbruck-Land

Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates

Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 03.11.2016
Beginn:	19:00 Uhr
Ende	00:01 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungszimmer der Marktgemeinde Zirl

Anwesend:

Bürgermeister:
Herr Mag. Thomas Öfner

Ordentliche Mitglieder:
Frau Iris Zangerl-Walser
Frau Victoria Rangger
Herr BSc Andreas Albrecht
Frau Margit Gastl
Herr Thomas Gobes
Herr Josef Gspan
Frau Viktoria Hammer
Herr Ing. Wolfgang Hütter
Herr Georg Kapferer
Herr Lukas Kaufmann
Herr Ing. Dr. Karl Neurauter
Herr Thomas Pichler
Herr Arch. Dipl.-Ing. Rainer Schöpf
Herr Alfred Stecher
Herr Hermann Stolze

Ersatzmitglieder:
Herr Wolfgang Graf
Frau Iris Pichler
Herr Ing. Martin Plattner

Schriftführerin:
Frau Dr. jur Veronika Sepp-Zweckmair

Abwesend:

Ordentliche Mitglieder:
Herr Peter Pichler
Frau Marion Plattner
Frau Theresa Spirk

Tagesordnung:

1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

2 Genehmigung der Niederschrift vom 22.09.2016

3 Genehmigung der Tagesordnung – Beschlussfassung zum Ausschluss der Öffentlichkeit

4 Beratung und Beschlussfassung betreffend der Übersiedlung der Tagespflege vom betreubaren Wohnen ins 's zenzi
Vorlage: AL/567/2016

5 Beratung und Beschlussfassung betreffend der Vergabe der Gemeindezeitung
Vorlage: AL/590/2016

6 Beratung und Beschlussfassung betreffend der weiteren Verpachtung einer Grünfläche Gst. 1446/1 zwischen MG Zirl und Familie Bruckner, Eigenhofen 49
Vorlage: AL/591/2016

7 Beratung und Beschlussfassung betreffend dem Mietvertrag Karoline Plattner - Schwarze Katz bzgl. Untervermietung ab 01.01.2017
Vorlage: AL/589/2016

8 Beratung und Beschlussfassung betreffend dem Erwerb von Teilwaldrechten, welche mit der Liegenschaft .401 verbunden sind
Vorlage: AL/592/2016

9 Beratung und Beschlussfassung betreffend der finanziellen Unterstützung für die Schibuskosten für die Bergbahnen Oberperfuss
Vorlage: AL/596/2016

10 Beratung und Beschlussfassung betreffend Baurechtsvertragsänderung des Roten Kreuzes in Zirl
Vorlage: AL/436/2015/1

11 Beratung und Beschlussfassung über die weitere Vorgehensweise Natura 2000-Gebiet - Grenzänderung
Vorlage: AV/698/2016

12 Beratung und Beschlussfassung betreffend der Schaffung weiterer Kindergartengruppen für das Jahr 2017/2018
Vorlage: AL/572/2016

13 Beratung und Beschlussfassung betreffend Gst 194, 195, .237, .238, .236 und .239 (Bühelstraße 11) - Anfrage Bebauungsparameter Fa VITA Wohnbau GmbH (vertreten durch Dr. Sellemond)
Vorlage: BAU/049/2015/1

14 Beratung und Beschlussfassung über den Antrag von Roland Eisendle um Auflegung und Erlassung eines Flächenwidmungsplanes für die Umwidmung des Gst. 1827/3 KG Zirl von derzeit Freiland in Sonderfläche für ein landwirtschaftliches Gebäude mit Tierhaltung
Vorlage: BAU/071/2016

15 Beratung und Beschlussfassung über den Antrag von Walter Plattner auf Widmung einer Sonderfläche nach § 47 TROG mit Verwendungszweck Stall und Stadel auf Gst. 1092 KG Zirl - Beauftragung an Fa. Rauch
Vorlage: BAU/072/2016

16 Beratung und Beschlussfassung betreffend einer Teilfläche der Gp 2730/1 (Meil) - Änderung Flächenwidmungsplan von Freiland in Gewerbegebiet - Bauansuchen von Alexander Witting
Vorlage: BAU/078/2016

17 Beratung und Beschlussfassung betreffend Gp 3271 (Dr.-Purtscheller-Straße 19 Top 4) - Antrag auf Ausbau eines bestehenden Balkons zu einem Wintergarten
Vorlage: BAU/081/2016

18 Beratung und Beschlussfassung betreffend der Fortschreibung des ÖROK - Änderungen zum Entwurf von 2012
Vorlage: BAU/082/2016

19 Beratung und Beschlussfassung betreffend Gst403 und 2963/6 - Umwidmung von Freiland in Gewerbegebiet
Vorlage: BAU/083/2016

20 Beratung und Beschlussfassung betreffend der Abänderung des Absatzes 1 Zweiter Satz der Bauwerkregelung für Wohnanlagen in Zirl der Regelung der Marktgemeinde Zirl für Wohnanlagen ab 4 Wohneinheiten
Vorlage: BAU/084/2016

21 Beratung und Beschlussfassung betreffend der Genehmigung der Haushaltsüberschreitungen
Vorlage: FIN/056/2016

22 Beratung und Beschlussfassung betreffend Landwirtschaftliches Siedlungsgebiet Zirler Auen
Vorlage: AV/704/2016

23 Beratung und Beschlussfassung betreffend Gst 3305 (Parkplatz Franz-Plattner-Straße) - Verlängerung des Pachtvertrages
Vorlage: AL/597/2016

24 Beratung und Beschlussfassung betreffend dem Vorschlag zur Zufahrt Kindergarten Marktplatz von Michael Unterberger
Vorlage: INFR/097/2016

25 Beratung und Beschlussfassung betreffend Aufhebung der Verordnung zur Gemeindestraße Zirler Wiesen
Vorlage: INFR/121/2016

26 Beratung und Beschlussfassung betreffend dem Ansuchen von Martin Fritz um Benützung der Kurzparkzonenflächen für die Monate April bis September 2017 in der Kirchstraße 13
Vorlage: INFR/123/2016

27 Beratung und Beschlussfassung betreffend dem Ansuchen auf Grunderwerb - Bühelstraße 9 Bockreis/Heger
Vorlage: INFR/128/2016

28 Beratung und Beschlussfassung über die Verordnung zur Gemeindestraße Weineckstraße - Gutachten Hirschhuber
Vorlage: AV/532/2015

29 Beratung und Beschlussfassung betreffend der Verordnung eines beidseitigen Halte- und Parkverbot auf dem Straßenabschnitt Bahnhofstraße bis hin zur Straßenmeisterei Zirl
Vorlage: INFR/130/2016

30 Beratung und Beschlussfassung betreffend der Weiterentwicklung Jugendarbeit
Vorlage: AV/699/2016

31 Beratung und Beschlussfassung betreffend dem Subventionsansuchen Frühjahr 2016 B4 - Perspektiven für Kinder
Vorlage: AV/700/2016

32 Beratung und Beschlussfassung betreffend dem Antrag von frischerwindundgrüne auf Durchführung eines Demografie Checks für die Marktgemeinde Zirl
Vorlage: AL/570/2016

33 Anfragen an den Gemeindevorstand

34 Allfälliges, Anträge und Anfragen

35 Anfragen an den Leitungsausschuss

36 Allfälliges, Anträge und Anfragen (im nicht öffentlichen Teil)

Öffentlicher Teil

zu 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bericht:

Bgm Mag Thomas Öfner begrüßt alle anwesenden GemeinderätInnen und Ersatzgemeinderätinnen sowie die 15 ZuhörerInnen und eröffnet die Sitzung.
Anschließend stellt er fest, dass der Gemeinderat vollzählig ist und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.
Entschuldigt sind GR Peter Pichler, welcher von Ersatz-GR Iris Pichler vertreten wird, GR Marion Plattner, welche von Ersatz-GR Martin Plattner vertreten wird und GR Theresa Spirk, welche von Ersatz-GR Wolfgang Graf vertreten wird.

In weiterer Folge bittet Bgm Mag Thomas Öfner Ersatz-GR Martin Plattner zur Angelobung gemäß § 28 TGO 2011.

„Ich gelobe, in Treue die Rechtsordnung der Republik Österreich zu befolgen, mein Amt uneigennützig und unparteiisch auszuüben und das Wohl der Marktgemeinde Zirl und ihrer Bewohner nach bestem Wissen und Können zu fördern."

Ersatz-GR Martin Plattner spricht in weiterer Folge das Gelöbnis: „Ich gelobe."

Diskussion:

Keine Wortmeldungen.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift vom 22.09.2016

Bericht:

Bgm Mag Thomas Öfner möchte ergänzend zu Tagesordnungspunkt 33 betreffend der Darlehensaufnahmen zur teilweisen Finanzierung von Vorhaben (Vorlage: FIN/053/2016) die Beschlussfassung des Gemeinderates vom 22.09.2016 wie folgt ergänzen:

Es werden 4 Darlehen mit einem Gesamtvolumen von Euro 640.000,00 bei der Tiroler Sparkasse Bank AG, Zuzählung nach Notwendigkeit, Fixzinsvereinbarung auf 15 Jahre von derzeit 0,980%, Laufzeit des Darlehens 15 Jahre, Rückzahlung in halbjährlichen Annuitätsraten nach Zuzählung zum jeweils nächsten 31.03. oder 30.09. aufgenommen.
Die Beschlussfassung wird wie folgt ergänzt:

Der Betrag von Euro 640.000,00 setzt sich wie folgt zusammen:

- Darlehen für das Straßenbauprogramm 2016 Euro 350.000,00
- Darlehen für den Ankauf der Räume Bürgerservice Euro 110.000,00
- Darlehen für die Sanierung von Gemeindeobjekten Euro 130.000,00
- Darlehen für die Erweiterung des Friedhofes Euro 50.000,00

In diesem Punkt wird der Beschluss des Tagesordnungspunktes 33 berichtigt und er bittet um diesbezügliche Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	

Bei Tagesordnungspunkt 10 betreffend der Gesamttarifordnung des Veranstaltungszentrums B4 sowie der Neuregelung der Nutzungsbedingungen für die Zirler Vereine wird das Inkrafttreten bei Pkt 2. der Beschlussfassung rückwirkend mit 01.09.2016 ergänzt.

Diskussion:
1 VBgm Iris Zangerl-Walser bringt vor, dass die Beschlussfassung bezüglich der Pkt 10.3, 10.4 und 10.5 auch rückwirkend gefasst worden ist.
GR Ing. Dr. Karl Neurauter widerspricht und erklärt, dass die Beschlussfassung in Bezug auf Hochzeiten ab 01.01.2017 gefasst wurde.
Bgm Mag Thomas Öfner teilt mit, dass die neu gefasste Tarifordnung für Vereine mit Wirksamkeit ab 01.01.2017 beschlossen wurden.
GR Ing. Wolfgang Hütter teilt die Meinung von GR Ing. Dr. Karl Neurauter.
1 VBgm Iris Zangerl-Walser bringt vor, dass die Beschlussfassung betreffend der sozialen Vereine auch zur Wirksamkeit ab 01.09.2016 dazugehöre.
Es folgt eine rege Diskussion in Bezug auf das Inkrafttreten der Beschlussfassungen.
2 VBgm Victoria Rangger erklärt, dass für ihre Fraktion die Beschlussfassung so in Ordnung war.
Bgm Mag Thomas Öfner fasst zusammen, dass die Beschlussfassung in Pkt 2 betreffend Tagesordnungspunkt 10 bezüglich der gemeinnützigen und Zirler Vereine mit Wirksamkeit ab 01.09.2016 ergänzt wird, sodass der Beschluss wie folgt zu lauten hat:

2. **Zirler Vereinen soll mit Wirksamkeit ab 01.09.2016 für jede Veranstaltung im Jahr ein Rabatt von 50% gewährt werden.**

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	

Bgm Mag Thomas Öfner fragt sodann die GemeinderätInnen und ErsatzgemeinderätInnen ob Einwände in Bezug auf die Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 22.09.2016 bestehen.
GR Ing. Dr. Karl Neurauter bringt vor, dass im Beschluss betreffend ***Tagesordnungspunkt 16*** in Pkt 3. bezüglich der Faschingskrapfen die Beschlussfassung nicht einstimmig dagegen war, sodass keine Faschingskrapfen in Zukunft mehr gezahlt werden.
Bgm Mag Thomas Öfner erklärt, dass seiner Ansicht nach dies in der Diskussion schon behandelt wurde und deshalb der Beschluss gefasst wurde, dies aber nicht heißen soll, dass es verwehrt ist, den Kindern Faschingskrapfen zu spendieren.
GR Ing. Dr. Karl Neurauter findet die negativ formulierte Beschlussfassung verwirrend.
Bgm Mag Thomas Öfner erklärt, dass eine grundsätzliche generelle Zusage zu einem Fixtermin bezüglich der Faschingskrapfen abgelehnt wurde, aber natürlich es jedem frei steht, solche zu spendieren.
GR Ing. Dr. Karl Neurauter findet, dass ein Beschluss des Gemeinderates gegen die Gewährung von Faschingskrapfen für Kinder nicht gut ist. Er bringt zudem vor, dass seine Fraktion bei der Beschlussfassung für die Gewährung von Faschingskrapfen war.

Der Beschluss von Tagesordnungspunkt 16 unter Pkt. 3 wird dadurch ergänzt, dass die Fraktion Zirl Aktiv nicht gegen die Finanzierung der Faschingskrapfen für die Faschingsfeier der Volksschule war. Das Abstimmungsergebnis für Tagesordnungspunkt 10 Pkt. 3 wird daher um das Abstimmungsergebnis von einstimmig beschlossen mit 19:0 Stimmen auf mehrheitlich beschlossen mit 16:3 Stimmen berichtigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	

Bgm Mag Thomas Öfner teilt sodann mit, dass in der Einladung versehentlich der Bericht des Bürgermeister nicht enthalten war, daher wird dieser jetzt unter Punkt 2.1. erfolgen.

2.1. Bericht des Bürgermeisters
Bgm Mag Thomas Öfner berichtet von der von der Wildbach- und Lawinenverbauung mit Schreiben vom 24.10.2016 zugesicherten Kostenzusage betreffend dem Steinschlagschutz Aufschließungsweg Schlossbach Zirl. Er erklärt die Subventionszusage vom Bund mit 33%, vom Land mit 33 % und dass der Rest von der Marktgemeinde Zirl zu bezahlen ist. Heuer wird eine Umsetzung nicht mehr möglich sein, aber im Frühjahr 2017 wird es möglich sein.

Zudem berichtet er über die Örtliche Prüfung betreffend dem Gefahrenzonenplan Inn vom 22.09.2016. Dazu wurden auch alle Personen eingeladen, welche einen Einspruch erhoben haben. Die örtliche Prüfung hat er selbst als sehr eigenartig empfunden. Er berichtet von den anwesenden Personen und der Abhandlung der Einsprüche, dass diese keine Relevanz gehabt haben. Er teilt die rechtliche Abklärung des hinzugezogenen Anwalts mit und liest die in diesem Verfahren abgegebene Stellungnahme der Marktgemeinde Zirl dazu vor.
Er berichtet weiters von der Nachbesprechung mit AL bei RA MMag. Dr. Wallnöfer und dass die Gutachten durch ein Gegengutachten entkräftet werden könnten, aber der Anwalt von einer derartigen Vorgehensweise eher abgeraten hat.

Außerdem informiert er darüber, dass die in der Vergangenheit gelebte Vorgehensweise der Einladungen für die Gemeinderatssitzungen mit der Unterteilung in einen öffentlichen und einen nicht öffentlichen Teil nicht der Tiroler Gemeindeordnung 2001 entsprach und daher künftig wie zu der heutigen Sitzung eingeladen werde.
Zudem berichtet er von der künftigen Vorgehensweise betreffend der Genehmigung der Tagesordnung sowie der Beschlussfassung zum Ausschluss der Öffentlichkeit. Dies wird er aber noch im nächsten Tagesordnungspunkt näher erörtern.
Er berichtet weiters vom Aktenvermerk von Ing. David Grißmann betreffend dem Kindergarten Marktplatz, aus welchem hervorgeht, dass der Heizkessel dringend saniert werden muss. Er berichtet von der Befürchtung der Ausweitung des Loches, der Empfehlung des Fachmannes sowie der dafür aufzubringenden Kosten von € 25.000,-- - 30.000,--.

zu 3 Genehmigung der Tagesordnung – Beschlussfassung zum Ausschluss der Öffentlichkeit

Bericht:
Bgm Mag Thomas Öfner berichtet von der künftigen Vorgehensweise in Bezug auf Tagesordnungspunkte, die im vertraulichen Teil behandelt werden müssen.
Jeder Tagesordnungspunkt, der im vertraulichen Teil beraten werden soll, muss mit einer Beschlussfassung von 2/3 Mehrheit vom öffentlichen Teil in den vertraulichen Teil beschlossen werden.

Antrag + Beschluss:
Der Tagesordnungspunkt 31 von der letzten Sitzung vom 22.09.2016 muss im vertraulichen Teil noch einmal berichtigt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	

Bgm Mag Thomas Öfner erklärt weiters, dass der Tagesordnungspunkt 15 der heutigen Sitzung irrtümlich auf die Tagesordnung gekommen ist und daher vertagt werden muss.

Antrag + Beschluss:
Der Tagesordnungspunkt 15 wird vertagt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	

Zudem soll der Tagesordnungspunkt 16 ebenfalls vertagt werden, da noch Pachtverträge ausgehoben werden müssen und es sodann eine Besprechung mit dem Antragsteller geben wird.

Antrag + Beschluss:
Der Tagesordnungspunkt 16 wird vertagt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Ja:	18	Nein:	1	Enthaltung:	

Bei Tagesordnungspunkt 24 hat es eine Vorinformation durch einen Anwalt heute gegeben. Daher soll dieser Tagesordnungspunkt im vertraulichen Teil behandelt werden.

Antrag + Beschluss:
Der Tagesordnungspunkt 24 wird im vertraulichen Teil behandelt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Ja:	18	Nein:	1	Enthaltung:	

Der Tagesordnungspunkt 28 soll vertagt werden, da sich herausgestellt hat, dass die Ablösezahlungen aufgrund der Überschreitungen derzeit nicht bezahlt werden können. Es soll in der Budgetsitzung noch einmal darüber gesprochen werden und ein Gespräch mit den betroffenen Eigentümern veranschlagt werden.

Antrag + Beschluss:
Der Tagesordnungspunkt 28 wird vertagt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	

Antrag + Beschluss:
Der Tagesordnungspunkt 35 wird im vertraulichen Teil behandelt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	

zu 4 Beratung und Beschlussfassung betreffend der Übersiedlung der Tagespflege vom betreubaren Wohnen ins 's zenzi
Vorlage: AL/567/2016

Bericht:
Ausschussobfrau Viktoria Hammer berichtet vom Schreiben des Geschäftsführers des s'zenzi Robert Kaufmann und dem diesbezüglichen Antrag sowie der Beschlussfassung im Leitungsausschuss vom 05.09.2016.
Sie berichtet weiters, dass es die Tagespflege seit 2011 gibt und damals 10 Plätze genehmigt worden sind. Sie erklärt, dass die Tagespflege nicht so angenommen wurde und deshalb ein jährlicher Abgang verbucht werden würde.
Sie geht auf das vorliegende Konzept des Geschäftsführers Robert Kaufmann und dem Vorschlag der Übersiedlung der Tagesbetreuung sowie der diesbezüglichen Adaptierungen im s'zenzi ein. Sie berichtet auch von den aufzubringenden Kosten. Ausschussobfrau Viktoria Hammer erklärt die daraus resultierende Ersparnis. Ausschussobfrau Viktoria Hammer geht abschließend auf die Empfehlung von Robert Kaufmann, dem vorliegenden Kostenkonzept sowie dem Kostenvoranschlag von Martin Schneiter ein.
Ihr Ausschuss hat die Empfehlung abgegeben, die Tagespflege zu übersiedeln.
Die Umsetzung soll 2017 erfolgen.

Diskussion:
GR Arch. Dipl. -Ing. Rainer Schöpf fragt nach den verfügbaren Plätzen.
Ausschussobfrau Viktoria Hammer erklärt, dass im s'zenzi 7 Personen Platz haben und die Platzanzahl zudem keine Schwierigkeit bedeuten würde, da seit 2011 die Tagespflege nicht gut angenommen wurde.
GR Arch. Dipl. -Ing. Rainer Schöpf fragt nach den Räumlichkeiten und dem Raum, der dadurch nicht weitervermietet werden kann.
Bgm Mag Thomas Öfner teilt mit, dass er die Wohnung im Wohnungsausschuss vorberaten lassen wird. Es soll eine Variante für eine allfällige Einmietung eines Kassenarztes ausgearbeitet werden, eventuell durch einen befristeten Mietvertrag.
GR Arch. Dipl. -Ing. Rainer Schöpf regt an, dass es nur 3 Jahres Befristungen für Mietverträge gibt und er fragt nach dem Ruheraum.
Ausschussobfrau Viktoria Hammer erklärt, dass der Ruheraum nicht jeden Tag genutzt werde und dies parallel laufen würde. Der Bewegungsraum würde aber kleiner werden. Von der Heimleitung sei dies aber bestätigt worden.

Antrag + Beschluss:
Die Übersiedlung der Tagespflege vom betreubaren Wohnen ins s'zenzi wird beschlossen, die Kosten von ca. 17.880 Euro werden in das Budget für 2017 aufgenommen und einer Umsetzung im Jahr 2017 zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	

zu 5 Beratung und Beschlussfassung betreffend der Vergabe der Gemeindezeitung
Vorlage: AL/590/2016

Bericht:

Ausschussobmann Ing. Wolfgang Hütter berichtet von der Diskussion in der Ausschusssitzung vom Oktober 2016 und im August 2016. Er berichtet weiters von der Ausschreibung im August. Zudem berichtet er von der Empfehlung des Ausschusses, die gemeinsame Vergabe von Relaunch und Druck an den Best- und Billigstbieter Firma Walser Druck zu vergeben. Von den Kosten wäre die Fa. Walser geringfügig günstiger. Die zuständigen Sachbearbeiter der Gemeinde haben auch mitgeteilt, dass es von der Handhabbarkeit einfacher wäre, beides bei einer Firma zu haben.
Im ersten Jahr würden Kosten in Höhe von € 11.592,-- anfallen. Hinzukommen einmal Kosten für
die erforderliche Anschaffung der Hard- und Software sowie die notwendigen Einschulungen in Höhe von € 8.032,-- zzgl der Versandkosten.
Das heißt, dass im ersten Jahr € 19.518,-- anfallen würden und dann in den weiteren Jahren Druckkosten in Höhe von € 9.220 abzüglich Skonto anfallen würden.
Für das Relaunch fallen Kosten in Höhe von € 2.500 abzüglich Skonto an.
Diese Vergabe wurde in seinem Ausschuss einstimmig beschlossen.

Diskussion:
GR Ing. Dr. Karl Neurauter fragt nach, ob die Beträge brutto oder netto wären und er fragt nach der Änderung im Handling seitens des Amtes.
Ausschussobmann Ing. Wolfgang Hütter erklärt, dass die Maske durch die Firma erstellt wird und die Befüllung durch das Amt erfolgt.
2 VBgm Victoria Rangger fragt nach dem Angebot und dem Inhalt.
Ausschussobmann Ing. Wolfgang Hütter erklärt dies.
GR Ing. Dr. Karl Neurauter fragt nach der Werbung, ob diese vom Gemeindeamt selbst erfolgt.
Ausschussobmann Ing. Wolfgang Hütter teilt mit, dass dies die Gemeinde selber macht.

Antrag + Beschluss:
Die Vergabe von Relaunch und Druck soll für drei Jahre an die Firma Walser Druck erfolgen. Im ersten Jahr würden Kosten in Höhe von € 11.592,-- anfallen. Hinzukommen einmalige Kosten für die erforderliche Anschaffung der Hard- und Software sowie die notwendigen Einschulung in Höhe von € 8.032,-- zzgl der Versandkosten.
Das heißt, dass im ersten Jahr € 19.518,-- anfallen würden und dann in den weiteren Jahren Druckkosten in Höhe von € 9.220,-- abzüglich Skonto anfallen würden.
Für das Relaunch fallen Kosten in Höhe von € 2.500 abzüglich Skonto an.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	

zu 6 Beratung und Beschlussfassung betreffend der weiteren Verpachtung einer Grünfläche Gst. 1446/1 zwischen MG Zirl und Familie Bruckner, Eigenhofen 49
Vorlage: AL/591/2016

Bericht:
Ausschussobmann Ing. Wolfgang Hütter berichtet vom vorliegenden Pachtvertrag zwischen der Marktgemeinde Zirl und Franz u. Elisabeth Bruckner. Es handelt sich um eine verpachtete Teilfläche im Ausmaß von ca. 423 m² Gp. 1446/1 in Eigenhofen. Im September 2016 ist der Vertrag abgelaufen und die Familie Bruckner ersucht um Verlängerung auf 5 Jahre. Der Vertrag ist grundsätzlich zum Quartalsende mit dreimonatiger Kündigungsfrist kündbar.
Zudem berichtet er von der Diskussion und der Empfehlung in seinem Ausschuss.

Diskussion:
Ersatz-GR Wolfgang Graf fragt nach dem Gemeindeweg des Gst und dass der Antragsteller diesen als seinen Privatweg beansprucht und dies zu Problemen führt. Er regt an, in den Vertrag mitaufzunehmen, dass der Weg nicht sein Privatweg ist.
Bgm Mag Thomas Öfner berichtet vom Antragsteller und dass dieser in der Sprechstunde vorstellig war. Er möchte das Gespräch betreffend dem Weg suchen bzw der Abteilung Infrastruktur dies als Hinweis weitergeben.

Antrag + Beschluss:
Der Pachtvertrag einer Teilfläche von Gst. 1446/1 zwischen der Marktgemeinde Zirl und Franz u. Elisabeth Bruckner im Ausmaß von ca. 423 m² soll auf weitere 5 Jahre zu den bisherigen Konditionen verlängert werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	

zu 7 Beratung und Beschlussfassung betreffend dem Mietvertrag Karoline Plattner - Schwarze Katz bzgl. Untervermietung ab 01.01.2017
Vorlage: AL/589/2016

Bericht:
Ausschussobmann Ing. Wolfgang Hütter berichtet vom vorliegenden Ansuchen von Frau Karoline Plattner. Auf Grund persönlicher Umstände hat sie sich entschlossen, mit Jahresende ihre Tätigkeit als Wirtin des Cafe's "Schwarze Katz" in Zirl einzustellen. Der Pachtvertrag läuft bis 2022. Die Verpflichtungen aus dem bestehenden Mietvertrag würde sie weiterhin wahrnehmen bzw. sollen im Wege einer Untervermietung des Lokals von Herrn Seidl Markus, dzt. wohnhaft in 6112 Wattens, Innsbruckerstrasse 29, weitergeführt werden. Herr Seidl weiß um die Sensibilität eines Lokales im Ortszentrum Bescheid und würde sämtliche Auflagen und Vorschriften natürlich einhalten. Herr Seidl hat bereits beim Bürgermeister vorgesprochen und einen Konzeptvorschlag eingereicht. Die Öffnungszeiten sollen geändert werden und Mittagsmenues angeboten werden. Der neue Vertrag würde dann ab 01.01.2017 gelten, da vorab noch einige Umbauarbeiten im Lokal stattfinden sollten. Es wurde in der Vergangenheit angedacht, das Heimatmuseum auszuweiten. Zudem berichtet er von der Beratung in seinem Ausschuss und dem Inhalt des bestehenden Mietvertrages.

Diskussion:
Keine Wortmeldungen.

Antrag + Beschluss:
Frau Karoline Plattner wird die Untermietung an Herrn Markus Seidl ab 01.01.2017 bis 18.02.2022 genehmigt. Die Zustimmung der Untervermietung soll an die Person Martin Seidl geknüpft werden, sodass eine Untervermietung an eine andere Person ausgeschlossen wird.

Bgm Mag Thomas Öfner erklärt sich bei der Beschlussfassung für befangen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen – 1 Befangenheit

Ja:	18	Nein:	0	Enthaltung:	

zu 8 Beratung und Beschlussfassung betreffend dem Erwerb von Teilwaldrechten, welche mit der Liegenschaft .401 verbunden sind

Vorlage: AL/592/2016

Bericht:
Ausschussobmann Ing. Wolfgang Hütter berichtet von den vorliegenden Unterlagen. Mit der Liegenschaft .401(Meilstraße 41) sind Teilwaldrechte im Ausmaß von 17.586 m² verbunden. Laut dem Waldaufseher Martin Praxmarer liegt der übliche Preis pro m² Nutzfläche bei 0,30 € - 0,50 €. Nach dem in der Marktgemeinde Zirl aufliegenden Waldbuch mit der Waldkarteikarte Nr. 182 ist die Marktgemeinde Zirl Grundeigentümerin. Die Parzellen 2798/1, 1504/1 und 1502/1 sind mit Holz- und Streunutzungsrechten von Herrn Dr. Hermann Mantl belastet. Es soll der Beschluss darüber gefasst werden, ob die Marktgemeinde Zirl Interesse am Kauf dieser Teilwaldrechte, im Konkreten der Holz- und Streunutzungsrechte hat. Der Ausschuss hat die Empfehlung abgegeben, dem Erwerb der Teilwaldrechte nicht nachzukommen.

2 VBgm Victoria Rangger verlässt um 19:47 den Raum.

Diskussion:
Keine Wortmeldungen.

Antrag + Beschluss:
Die mit der Liegenschaft .401(Meilstraße 41) verbundenen Teilwaldrechte im Ausmaß von 17.586 m² werden von der Marktgemeinde Zirl nicht angekauft.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen – 2 VBgm Victoria Rangger nicht anwesend

Ja:	18	Nein:	0	Enthaltung:	

zu 9 Beratung und Beschlussfassung betreffend der finanziellen Unterstützung für die Schibuskosten für die Bergbahnen Oberperfuss
Vorlage: AL/596/2016

2Vbgm Victoria Rangger betritt wieder den Raum.

Bericht:
Ausschussobmann Ing. Wolfgang Hütter berichtet vom vorliegenden Ansuchen vom Geschäftsführer Mag. Deutschmann auf finanzielle Unterstützung. In den Jahren 2014 und 2015 wurden € 1.400,-- bezahlt. 40% sollen die umliegenden Gemeinden auf sich nehmen, dabei handelt es sich um € 4.600,--. Für Zirl würde bei einer Aufteilung nach transportieren Gästen (Durchschnittszahlen der vergangen Jahre) 29%, das sind 1.300,00 €, anfallen. Es wurde daher um eine Beteiligung in Höhe von € 1.300,-- angesucht. Der Ausschuss hat die Empfehlung abgegeben, dem Ansuchen nachzukommen.

Diskussion:
GR Hermann Stolze berichtet, dass 350 Personen dies nützen würden und es deshalb sinnvoll ist, dass von der Marktgemeinde Zirl eine Unterstützung zufließt.

Antrag + Beschluss:
Die finanzielle Unterstützung für die Schibuskosten für die Bergbahnen Oberperfuß für die Wintersaison 2016/17 in Höhe von 29% der Gesamtkosten, das sind € 1.300,--, werden übernommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	

zu 10 Beratung und Beschlussfassung betreffend Baurechtsvertragsänderung des Roten Kreuzes in Zirl
Vorlage: AL/436/2015/1

Bericht:
Ausschussobmann Ing. Wolfgang Hütter berichtet von den Gesprächen mit den Vertretern des Roten Kreuzes. Das Rote Kreuz sucht um Änderung des Vertrages an, da sich das Gesetz geändert hat. Es wird erklärt, dass es keine neuen Erkenntnisse gibt, es wurde darüber diskutiert, ob nicht ein Rettungsauto in Zirl stehen kann. Das Thema Miete wurde angesprochen, diese kann das Rote Kreuz aber nicht zahlen. Es werden keinerlei Standpunkte geändert. Zudem berichtet er von der Diskussion in seinem Ausschuss und dem Vorschlag den Vertrag mit dem Roten Kreuz in einem weiteren Punkt abzuändern. Die Empfehlung des Ausschusses lautet, dass der vorgelegten Ergänzung zum Baurechtvertrag vom 11.01.1995 grundsätzlich unter der Voraussetzung zugestimmt werden soll, dass im Falle des Erlöschens des Baurechtes alle vorhandenen Baulichkeiten entschädigungslos in das Eigentum der Marktgemeinde Zirl übergehen sollen.

Diskussion:
1VBgm Iris Zangerl-Walser erklärt, dass eine Vertragserweiterung erfolgen sollte, in welcher ein Passus bezüglich der Untervermietung aufgenommen werden sollte. Es handelt sich um einen Gemeindegrund und die Gemeinde habe für das Gebäude € 167.237,60 bezahlt, es sollte daher eine 2-3 Jahres Befristung aufgenommen werden im Falle einer Untervermietung, dass die Gemeinde nicht leer ausgehe. Sie verweist darauf, dass bei Unterfertigung des Vertrages die Gemeinde keine Handhabe mehr habe. Im Falle einer Vermietung sollte ein Baurechtszins bezahlt werden. Sie erklärt die Situation in Bezug auf Kematen und regt an, dass eine Kontrolle der Gemeinde gewährleistet sein sollte. Bgm Mag Thomas Öfner erklärt die Ausschussempfehlung samt der Ergänzung und informiert über die Korrespondenz mit Martin Klingenschmid und der Befürwortung seitens der Roten Kreuzes, dass dem Beschluss unter der gestellten Bedingung vom Ausschuss zugestimmt wird. Die Thematik der befristeten Vermietung macht für Rotes Kreuz keinen Sinn, es sollte daher über die theoretischen Möglichkeiten abgestimmt werden und in weiterer Folge über den Baurechtszins verhandelt werden.
Sollte es allerdings zu größeren Einkünften seitens des Roten Kreuzes in Bezug auf Vermietungen kommen, dann sollte über einen Baurechtszins verhandelt werden.

Antrag + Beschluss:
Der vorgelegten Ergänzung zum Baurechtvertrag vom 11.01.1995 soll grundsätzlich unter der Voraussetzung zugestimmt werden, dass im Falle des Erlöschens des Baurechtes alle vorhandenen Baulichkeiten entschädigungslos in das Eigentum der Marktgemeinde Zirl übergehen sollen.
Die kostenlose Einräumung des Baurechtes soll auf drei Jahre befristet gewährt werden. Sollten seitens des Roten Kreuzes künftig in größerem Ausmaß durch Vermietungen Einkünfte erzielt werden, dann muss über einen angemessenen Baurechtszins verhandelt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	

zu 11 Beratung und Beschlussfassung über die weitere Vorgehensweise Natura 2000-Gebiet - Grenzänderung
Vorlage: AV/698/2016

Bericht:
Bgm Mag Thomas Öfner erklärt die Grenzänderungsbestimmungen im Natura 2000-Gebiet.

Er berichtet über die gründliche Vorerhebung von Mag Indrist. Im Kern müsste nachgewiesen werden, dass Teile des Natura 2000 Gebietes nicht mehr den Schutzzweck erfüllen würden.
Er berichtet von den rechtlichen Ausführungen von RA MMag. Dr. Wallnöfer und den fachlichen Ausführungen von Mag Indrist.
Bgm Mag Öfner berichtet vom geführten Gespräch bei LHStv Mag. Felipe in Anwesenheit von Mag. Schett (Jurist im Justiziariat des Amtes der Tiroler Landesregierung), Mag. Leiner (Abteilung Umweltschutz, naturkundefachlicher Amtssachverständiger) und RA MMag. Dr. Wallnöfer als Rechtsvertreter der Marktgemeinde Zirl.
Kernpunkt war das geltende und anwendbare EU-Recht und dass eine Chance für eine Änderung nur gegeben wäre, wenn die zuständigen Landesstellen dafür stimmen würden.
LHStv Mag. Felipe bräuchte einen Nachweis, dass der Schutzzweck nicht mehr erfüllt werden kann, diesen Nachweis sieht sie als nicht mehr gegeben. Bgm Mag Öfner berichtet vom geführten Gespräch und der Empfehlung von RA MMag. Dr Wallnöfer. Er berichtet von den bisher anfallenden Kosten des Rechtsanwaltes in Höhe von € 5.000,--.
Die Kosten der fachlichen Ausführungen von Mag Indrist in Höhe von € 3.000,-- wurden noch nicht bezahlt.
Zudem erklärt er die Gesprächsnotiz, welche von RA MMag. Dr. Wallnöfer nach dem geführten Gespräch abgefasst wurde.
Es ergeht die Empfehlung an den Gemeinderat eine Beschlussfassung zu treffen, dass das Vorhaben nicht weiterverfolgt wird. Nach Änderung der Anhaltspunkte könnte das Vorhaben wieder aufgenommen werden.

Diskussion:
GR Arch. Dipl. -Ing. Rainer Schöpf erklärt, dass die Marktgemeinde Zirl in Tirol die einzige Gemeinde im Natura 2000 Gebiet ist und dass dies eine erhebliche Erschwernis in Bezug auf Aktivitätengestaltung, Sanierungsmaßnahmen, bei der Aufstellung des Gedenkkreuzes der Schützen zB, bedeutet. Er geht zudem auf die vergangenen Beschlüsse des Gemeinderates ein und auf das Urteil von Italien. Er schließt sich der Meinung des Bürgermeisters an, aber findet es nicht richtig, dass die Gemeinde so eingeschränkt wird.

Antrag + Beschluss:
Das Projekt der Grenzänderung betreffend dem Natura 2000-Gebiet soll auf Basis des vorliegenden Berichtes von RA MMag. Dr. Wallnöfer nicht weiterverfolgt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	

zu 12 Beratung und Beschlussfassung betreffend der Schaffung weiterer Kindergartengruppen für das Jahr 2017/2018
Vorlage: AL/572/2016

Bericht:
Ausschussobfraustellvertreterin Iris Pichler berichtet von der Vorgehensweise in Bezug auf die neuen Kinderbetreuungseinrichtungen und der Angelegenheit Martinsbühel sowie der damit verbundenen Probleme. Sie berichtet von den Beratungen und den Diskussionen im Ausschuss und der daraus folgenden Möglichkeiten sowie der Reihung im Ausschuss. Sie berichtet von der Möglichkeit im B4 und verweist auf die diesbezügliche Tischvorlage (Plan des B4). Mit der Inspektorin vom Land ist zudem in Kontakt getreten worden. Der Ausbau müsste noch finanziert werden, aber die Förderung wäre hoch, wenn der Kindergarten längerfristig Bestand hätte. Sie erklärt die zweite Variante der Containerlösung. Sie hat sich diese in Kematen angeschaut, aber sie findet es besser, wenn eine andere Lösung gewählt wird. Sie berichtet weiters über die Besichtigung der allfälligen Plätze für die Containerlösung. Zudem verweist sie auf die Dringlichkeit einer Beschlussfassung.

Bgm Mag Thomas Öfner ergänzt und verweist auf das Schreiben der Erzabtei. Zudem verweist er auf den vorgelegten Plan, welcher eine mögliche Umsetzung vorsehe und welcher bei Frau Mag. Lanza vom Land Tirol zur Begutachtung vorliegen würde. Er fügt hinzu, dass bereits Gespräche mit ihr geführt wurden. Die vorliegende Lösung ist noch nicht optimal, aber wird spätestens in den nächsten Wochen geklärt werden. Die Lösung im B4 wäre eine langfristige Lösung und eine Möglichkeit, die Kinder dauerhaft unterzubringen, allerdings wird es in den nächsten Wochen notwendig sein, sich damit intensiv auseinanderzusetzen.
Auch die Möglichkeit der Containerlösung müsste geprüft werden.
Allerdings soll Martinsbühel als Standort einer Kinderbetreuungseinrichtung heute abgelehnt werden.

Diskussion:
2 VBgm Victoria Rangger fragt nach den Kosten und den diesbezüglichen Schätzungen für die Variante im B4.
Bgm Mag Thomas Öfner informiert, dass die Kosten mit ca. € 180.000-200.000 geschätzte werden, da der Raum derzeit noch Rohbau ist und deshalb von Grund auf alles aufzubauen ist. Nach Auskunft von Frau Mag. Lanza hat diese Möglichkeit aber gute Chancen gefördert zu werden, weil der Raum noch nicht lange besteht.
2 VBgm Victoria Rangger findet die Prioritätenreihung des Ausschusses gut und auch die Entscheidung betreffend Martinsbühel. Die Lösung im B4 befürwortet sie, wenn diese gut machbar ist. Sie rät auch dazu, dass für die nächste Sitzung mehrere Varianten abgearbeitet werden sollen, damit bezüglich der Förderungen in Kontakt getreten kann. Bis Anfang März sollte spätestens die Lösung geschaffen werden. Ihrer Meinung nach hätte schon im Juli eine Beschlussfassung erfolgen sollen. Auf jeden Fall sollte bald eine Entscheidung gefällt werden. Sie bittet auch darum, dass in der nächsten Sitzung ein klares Konzept vorliegen soll und das alles in einem vorbereitet werden soll.
GR Arch. Dipl. -Ing. Rainer Schöpf merkt an, dass betreffend diesem Punkt seiner Meinung nach schlecht gearbeitet wurde, denn bereits im Frühjahr wurde die Thematik Martinsbühel abgehandelt und man beabsichtigte einen Abschluss. Seine Fraktion hat damals schon von einer Umsetzung Martinsbühel gewarnt. Jetzt versucht man zwanghaft Ausweichquartiere zu suchen, er findet, dass man die einzelnen Lösungsmöglichkeiten parallel abhandeln sollte. Er kritisiert zudem die Arbeitsweise, denn es sollten in einer Arbeitssitzung die Vor- und Nachteile von jedem Standort erhoben werden. Bei einer kurzfristigen Lösung von zwei bis drei Jahren könnte seiner Meinung nach eine Containerlösung angestrebt werden. Eine Standortentwicklung könnte seiner Meinung nach schon lange passiert sein. Zudem fügt er hinzu, dass bei der Lösung im B4 Probleme in Bezug auf die Widmung Sonderfläche Veranstaltungszentrum und Vereinsheim gibt.
Ersatz-GR Iris Pichler erklärt, dass man die Varianten nicht alle vorstellen kann, da man dringend die Förderungen vom Land braucht.
GR Arch. Dipl. -Ing. Rainer Schöpf teilt mit, dass das Containerangebot seit Jahren bemängelt wurde und dass die Exceltabelle aus dem Jahr 2015 stammt, es wird somit nicht gleiches mit gleichem verglichen.
1 VBgm Iris Zangerl-Walser gefällt die Variante B4 gut, da diese schnell umsetzbar ist. Zudem braucht es eine schnelle Lösung. Ihr geht aber der Spielplatz ab, sie schlägt daher vor, dass man die Rasensteine vor dem Kulturraum zu einem Garten umsetzt und dass man teilweise auch zum Schlossbach, sowie zum Steinwegpfad mit den Kindern in der Natur spielen kann.
GR Arch. Dipl. -Ing. Rainer Schöpf erklärt, dass die günstigste Variante die Containerlösung ist.
1 VBgm Iris Zangerl-Walser teilt mit, dass diese Variante vom Land unter 10 Jahren aber nicht gefördert wird.
2 VBgm Victoria Rangger teilt mit, dass ein Außenbereich fehlt und es gehört ein pädagogisches Konzept dazu.
1 VBgm Iris Zangerl-Walser plädiert für eine schnell umsetzbare Variante und eine dauerhafte Lösung.

GR Alfred Stecher gibt GR Arch. Dipl. -Ing. Rainer Schöpf teilweise Recht und teilweise nicht. Bezüglich der Thematik Martinsbühel hat es eine ablehnende Reaktion der Fraktion ZIRL AKTIV aus Distanzgründen gegeben. Damals war seiner Meinung nach das Statement der Fraktion, dass man sich für die Eltern, die täglich rausfahren müssen interessiere und nicht für die Kinder. Er erklärt, dass man für das Kindergartenjahr 2016/17 nichts mehr machen kann, deswegen wurde auch die Aufstockung genehmigt. Es gibt zwei Möglichkeiten, entweder eine flexible kurzfristige oder eine langfristige Lösung. Martinsbühel ist aus Kostengründen nicht realisierbar. Es ist klar, dass die kurzfristige flexible Lösung nur eine Übergangslösung darstellen würde, die Idee mit dem B4 ist zufällig entstanden und war ursprünglich als Überbrückung der nächsten 2-3 Jahre gedacht. Vorgestern wurde angefragt, ob es möglich ist, beim B4 eine langfristige Lösung zu gestalten. Für ihn geht es darum, ob man eine schonende langfristige Lösung mit voller Förderung des Landes für nächstes Jahr schaffen kann. Im B4 ist diese Möglichkeit für das Kindergartenjahr 2017/18 für zwei Gruppen möglich. Er berichtet zudem vom gemeinsam durchgeführten Ortsaugenschein mit Ing. David Grißmann und dass zu diesem Zeitpunkt zufällig eine Kindergartengruppe des Fambozi vorbeispaziert ist Richtung Spielplatz am Schloßbach, so viel zum Thema Garten und Spielplatz vor dem B4.
Ersatz-GR Martin Plattner stimmt GR Alfred Stecher zu und möchte GR Arch. Dipl. -Ing. Rainer Schöpf widersprechen. Der Prozess der Ideenfindung findet gerade statt und er findet, dass diese auch in einer Diskussion Platz haben sollten.
GR Viktoria Hammer fügt hinzu, dass die Zeit knapp ist und dass die budgetäre Situation nicht gut ist. Sie berichtet zudem von der Förderung und stellt GR Arch. Dipl. -Ing. Rainer Schöpf die Frage, ob eine Finanzierung und ein Aufbau für eine langfristige Lösung besser ist oder eine flexible schnelle Lösung mit parallel dazu der Planung eines zusätzlichen Standortes.
GR Arch. Dipl. -Ing. Rainer Schöpf antwortet, dass es jetzt eine Übergangslösung braucht und spricht die Thematik Pool-Standort an.
GR Ing. Dr. Karl Neurauter gibt Ersatz-GR Martin Plattner Recht, da die Ideen Platz haben müssen, er sagt aber auch, dass GR Arch. Dipl. -Ing. Rainer Schöpf meinte, dass diese Ideen nicht hintereinander sondern nebeneinander besprochen werden sollten, damit eine Abwägung der Vor- und Nachteile stattfinden könne. Er befürwortet zudem den Antrag auf Durchführung eines Demografiechecks von frischerwindundgründe, da damit eine Basis geschaffen werden kann. Man kann dann auf langfristig oder kurzfristig etwas entwickeln.
2 VBgm Victoria Rangger merkt an, dass mehrere Ideen verfolgen werden sollten und anschließend beraten werden sollten. Es sollten mehrere Varianten für die nächste Sitzung vorbereitet werden. Eine Containerlösung sollte nicht ausgeschlossen werden. Auch sie befürwortet den Demografiecheck.
Ersatz-GR Iris Pichler erklärt, dass verschiedene Varianten mit Für und Wider ausgearbeitet wurden und im Ausschuss beraten wurden. Zudem seien mehrere Varianten verfolgt und angedacht worden, auch in Bezug auf Budget. Aus diesem Grund wurde die Lösung B4 favorisiert.
GR Arch. Dipl. -Ing. Rainer Schöpf erklärt, dass kein Sitzungsprotokoll vom Ausschuss Schule und Bildung im SessionNet war.

Antrag + Beschluss:
Der Erzabtei St. Peter soll mitgeteilt werden, dass ihrem Angebot nicht näher getreten wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	

zu 13 Beratung und Beschlussfassung betreffend Gst 194, 195, .237, .238, .236 und .239 (Bühelstraße 11) - Anfrage Bebauungsparameter Fa VITA Wohnbau GmbH (vertreten durch Dr. Sellemond)
Vorlage: BAU/049/2015/1

Bericht:
Ausschussobmann Josef Gspan berichtet vom neuerlichen Antrag der Vita Wohnbau GmbH(Schreiben von Dr. Sellemond) und dem Standort sowie der geforderten Bedingungen, welche vor allem mit der Zirler Regelung zusammenhängen. Er berichtet von der Diskussion und der daraus resultierenden Ausschussempfehlung.
Insbesondere wird eine Nettonutzflächendichte in Höhe von 0,8 benötigt. Im Ausschuss wird das kritisch gesehen, da bisher 0,55-0,56 üblich war.

Diskussion:
GR Ing. Wolfgang Hütter erklärt, dass diese Änderung aufgrund der hohen Baumassendichte unvorstellbar ist.
GR Alfred Stecher meint, dass man bei der Stellungnahme vorsichtig sein sollte und dass man zurückschreiben sollte, dass ein Projekt vorgelegt werden solle, welches die bekannten Rahmenbedingungen einhält und dann noch einmal darüber entschieden werden solle.
GR Arch. Dipl. -Ing. Rainer Schöpf erklärt, dass das vorgelegte Projekt viel zu massiv ist.

Antrag + Beschluss:
Dr. Sellemond soll mitgeteilt werden, dass auf Basis der bekanntgegebenen Parameter dem Ansuchen nicht näher getreten werden kann und dass ein Projekt vorgelegt werden soll das sich an den üblichen Parametern orientiert (zB BMD 2,1 etc).

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	

zu 14 Beratung und Beschlussfassung über den Antrag von Roland Eisendle um Auflegung und Erlassung eines Flächenwidmungsplanes für die Umwidmung des Gst. 1827/3 KG Zirl von derzeit Freiland in Sonderfläche für ein landwirtschaftliches Gebäude mit Tierhaltung
Vorlage: BAU/071/2016

Bericht:
Ausschussobmann Josef Gspan erklärt das Ansuchen von Roland Eisendle sowie dem Antrag auf Änderung der Flächenwidmung. Er berichtet von der Beauftragung der Fa PlanAlp und der eingeholten Stellungnahmen der Sachverständigen. Zudem berichtet er von der Zusage von Roland Eisendle, dass der Weg auf 3,50 Metern verbreitert wird. Er berichtet von der Ausschussempfehlung, dass diesem Ansuchen entsprochen werden soll.

Diskussion:
GR Arch. Dipl. -Ing. Rainer Schöpf fügt bei der Erklärung des Ansuchens noch die Auflassung der Hofstelle (Tierhaltung) in der Schöngasse, die Wasserangelegenheit (Erschließung) und den Sonderaufschließungsbeitrag hinzu.
GR Alfred Stecher berichtet vom Grund der Zurückziehung des Antrages und dass es Unstimmigkeiten aufgrund der planlichen Darstellung von 2013 und 2016 gegeben habe, weil sich die Kubatur vom Bauwerk verändert habe, deswegen sei es zur Vertagung in der letzten GR-Sitzung gekommen. Mittlerweile habe sich die Wandhöhe anstatt 10 Meter auf 8,50 Meter geändert, für ihn ist das aber für zehn Kühe nicht maßstäblich. Er fügt hinzu, dass auch Gewerbebetriebe nicht in dieser Größe vorhanden sind. Er verweist darauf, dass es auch anders gehen würde. Ihm geht es nicht um den Standort, sondern, dass das Gebäude von der Kubatur her nicht passend ist. Er wird in dieser Form daher keine Zustimmung erteilen.

GR Georg Kapferer geht es um die Wirtschaftlichkeit und den Flächenverbrauch. Seitens der Landwirtschaft wird gefordert, dass Flächen gespart werden müssen. Er versichert, dass das Gebäude in dieser Art und Weise schön ausgeführt wird.
GR Alfred Stecher erklärt, dass das Gebäude von 8 Metern Höhe und 26 Metern Länge wuchtig ist und geht auf das Areal von GR Georg Kapferer ein.
GR Georg Kapferer erklärt, dass es Vorschriften gibt, die dies vorschreiben (Fläche je Großvieheinheit GVE).

Antrag + Beschluss:

Gemäß § 113 Abs. 3 und 4 iVm § 70 Abs. 1 Tiroler Raumordnungsgesetz 2016 und gemäß § 64 Abs. 1 des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2016 alle LGBl. Nr. 101, wird beschlossen, den von Fa. Planalp ZT GmbH ausgearbeiteten Entwurf über die Änderung des Flächenwidmungsplanes FÄ/086/08/2016, vom 31.08.2016, der Marktgemeinde Zirl im Bereich der Gste. 1871 und 1827/3 beide KG Zirl, Planungsbereich Schönau-Eisendle zu erlassen und durch vier Wochen hindurch zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen und zu erlassen.

Der Entwurf sieht eine Widmungsänderung im Bereich der Gste. 1871 und 1827/3 beide KG Zirl von derzeit Freiland in Sonderfläche „Sonstiges land- und forstwirtschaftliches Gebäude-Wirtschaftsgebäude SLG-2 „ gemäß § 47 TROG 2011, vor.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Ja:	13	Nein:	6	Enthaltung:	

zu 15 Beratung und Beschlussfassung über den Antrag von Walter Plattner auf Widmung einer Sonderfläche nach § 47 TROG mit Verwendungszweck Stall und Stadel auf Gst. 1092 KG Zirl - Beauftragung an Fa. Rauch
Vorlage: BAU/072/2016

Bericht:
Dieser Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

zu 16 Beratung und Beschlussfassung betreffend einer Teilfläche der Gp 2730/1 (Meil) - Änderung Flächenwidmungsplan von Freiland in Gewerbegebiet - Bauansuchen von Alexander Witting
Vorlage: BAU/078/2016

Bericht:
Dieser Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

zu 17 Beratung und Beschlussfassung betreffend Gp 3271 (Dr.-Purtscheller-Straße 19 Top 4) - Antrag auf Ausbau eines bestehenden Balkons zu einem Wintergarten
Vorlage: BAU/081/2016

Bericht:
Ausschussobmann Josef Gspan berichtet über den Antrag um Ausbau eines bestehenden Balkons zu einem Wintergarten. Zudem berichtet er von den Beratungen in seinem Aus-

schuss und der Feststellung, dass das Gebäude schon eine BMD von derzeit 2,8 hat. Aus diesen Gründen soll dem Antragsteller mitgeteilt werden, dass dem Ansuchen nicht näher getreten werden kann.

Diskussion:
GR Hermann Stolze erklärt, dass in seiner Fraktion intern darüber diskutiert wurde und dass man festgestellt hat, dass diese Situationen immer wieder kommen würden. Er macht den Vorschlag, Voraussetzungen zu formulieren u.a. auch mit feuerpolizeilichen bzw. bauphysikalischen Auflagen zu arbeiten, da die Menschen ein zunehmendes Bedürfnis für günstigen Wohnraum haben. Es sollte daher dem Ansuchen unter Formulierung der Erfüllung von bestimmten Bedingungen näher getreten werden.
GR Ing. Wolfgang Hütter möchte anmerken, dass in den letzten Jahren diese Themen öfters behandelt und negativ beurteilt wurden, die Ausarbeitung von Richtlinien sieht er als schwierig an. Für ihn ist der Ausbau eines Wintergartens maximal im Erdgeschoß vorstellbar, aber nicht auf Balkonen.
2 VBgm Victoria Rangger regt an, dass ein Grundsatzbeschluss gefasst werden sollte.
GR Arch. Dipl. -Ing. Rainer Schöpf fügt hinzu, dass die Situation für den Antragsteller schwierig ist, da keine Vermischung von Bauverfahren und politischen Entscheidungen sein sollte. Er erklärt, dass für das weitere Verfahren ein neuer Bebauungsplan erforderlich wäre. Dies ist aber nicht handhabbar.
GR Alfred Stecher teilt mit, dass dies genau Thema der internen Diskussion war. Er fügt hinzu, dass sich innerhalb von 15 Jahren die Gesetze und die Nutzungsbedingungen ändern können. Bei einer BMD von 2,8 kommt der Ausbau aber nicht in Frage, wenn aber die BMD 2,0 betragen würde, dann sollte eine Umsetzung möglich sein. Bei Wohnanlagen sollte man restriktiv nein sagen. Wenn man die Möglichkeit der Entwicklung eines Regelwerks heranziehe, müsste dies aber vor allem in Bezug auf die Miteigentümer dementsprechend kommuniziert werden.
Ausschussobmann Josef Gspan erklärt, dass aus seiner Sicht keine generelle Regelung möglich ist, diese hängt nämlich von vielen Parametern ab. Er fügt hinzu, dass wenn man einmal einen Ausbau gewährt, dann gibt es Überflutungen von diesen Ansuchen. Deswegen hat sein Ausschuss die Empfehlung abgegeben, diesem Ansuchen nicht nachzukommen.
Ersatz-GR Iris Pichler teilt mit, dass vor allem in Bezug auf Kinder in Wohnblöcken eine faire Gestaltung der Richtlinien vereinbart werden sollte, damit keine Ungleichberechtigung in Bezug auf spätere Antragsteller geschaffen wird.
GR Hermann Stolze teilt mit, dass wenn man grundsätzlich keine Wintergärten auf Balkonen haben will, dann sollte gleich ein Grundsatzbeschluss gefasst werden, damit das Bauamt darauf bei derartigen Ansuchen Bezug nehmen kann.
GR Ing. Wolfgang Hütter betont, dass ein Regelwerk nicht möglich ist. Er möchte seine Aussage relativieren, indem er wegen allfälliger Wintergärten in Erdgeschoßen gemeint hat, dass diese zwar optisch vorstellbar sind, er aber grundsätzlich dagegen sei. Seiner Meinung nach sollte ein Grundsatzbeschluss gefasst werden.
GR Arch. Dipl. -Ing. Rainer Schöpf teilt mit, dass wenn die BMD eingehalten werden kann, man ein derartiges Ansuchen nicht verwehren kann.

Antrag + Beschluss:
Herrn Eichner soll mitgeteilt werden, dass das Gebäude bereits eine sehr hohe BMD (2,8) aufweist und diese nicht mehr erhöht werden soll. Dem Antrag wird keine Zustimmung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	

zu 18 Beratung und Beschlussfassung betreffend der Fortschreibung des ÖROK -

Änderungen zum Entwurf von 2012
Vorlage: BAU/082/2016

Bericht:

Ausschussobmann Josef Gspan berichtet über die Arbeitssitzung zum ÖROK, bei welcher einige Punkte diskutiert wurden, sowie den Beratungen in seinem Ausschuss. Er berichtet vom Entwurf und der daraus resultierenden Stellungnahme des Amtes der Tiroler Landesregierung vom Jahr 2012.
Die wesentlichen Punkte wurden als Unterlage zu dieser Sitzung zusammengefasst. Die Siedlungserweiterungsgebiete sollen im ÖROK grün und nicht weiß dargestellt werden, um mögliche Spekulationen zu verhindern. Diese sollen jedoch im Anhang klar deklariert werden, sodass diese auch umgesetzt werden können und es dokumentiert ist. Die heute beschlossenen Änderungen sollten vom Raumplaner geändert werden und dem Land sodann vorgelegt werden. Er berichtet von der Empfehlung des Ausschusses zu den einzelnen Punkten. Es wurde über jedes einzelne Gebiet abgestimmt. Es wurde auch über die Bedingungen diskutiert (Baulandumlegung, Vertragsraumordnung etc).
Sodann werden die einzelnen Punkte durchbesprochen.

Die geplanten Siedlungserweiterungsgebiete einschließlich M8 und W15 entlang der Meilstraße und das Gewerbegebiet Ost sollen im Plan als Freihaltefläche Landwirtschaft gekennzeichnet werden.

Diskussion:

GR Arch. Dipl. -Ing. Rainer Schöpf stellt die Frage, ob in Siedlungserweiterungsgebieten Flächen für Wohnbau und kommunale Nutzungen sind.
Ausschussobmann Josef Gspan berichtet, dass darüber diskutiert wurde und im derzeitigen Entwurf bereits angeführt ist, dass für eine evtl. Widmung eine Baulandumlegung, leistbares Wohnen, für Kommunales etc. zuvor vereinbart werden muss. Dies ist für alle Gebiete so.
Hinsichtlich Baulandreserven ist Ausschussobmann Josef Gspan mit DI Weber den Entwurf abgegangen und dies wurde korrigiert. Dies wird durch das Bauamt auch nochmals überprüft.
Ausschussobmann Josef Gspan erläutert, dass wenn die Flächen „weiß" gehalten werden, das Grundverkehrsgesetz dort keine Anwendung findet und somit jeder die Flächen kaufen kann und damit spekuliert werden kann.
GR Ing. Dr. Karl Neurauter fragt nach, warum die Preise derart steigen.
Ausschussobmann Josef Gspan erklärt die Preissituation in Bezug auf Landwirte und der Folgen der Umwidmung sowie des leistbaren Wohnraumes (€ 250/m^2).
Bgm Mag Thomas Öfner weist darauf hin, dass heute die dritte Runde in Bezug auf das ÖROK stattfindet und er zu einem Abschluss kommen will. Es hat bereits die Arbeitssitzung, die Ausschussempfehlung und heute die Gemeinderatssitzung gegeben. Er möchte heute darüber abstimmen.
GR Alfred Stecher teilt mit, dass die Begehrlichkeiten klar sind. Man ist sich allerdings nicht einig, ob die Grundbesitzer einklagen können, wenn die Flächen schon ausgewiesen sind, da gibt es Unstimmigkeiten. Er fragt nach, ob mit den Grundbesitzern schon in Kontakt getreten wurde, da er schon mit einem Grundbesitzer korrespondierte und dabei herausgekommen sei, dass die Freihaltefläche bleiben sollte.
Ausschussobmann Josef Gspan erklärt, dass das betreffende Grundstück theoretisch herausgenommen werden kann, aber mit den Grundeigentümern im Vorfeld nicht gesprochen wurde, wenn der Grundeigentümer aber dezidiert sagt, dass er das nicht möchte, dann macht dies natürlich wenig Sinn.

Antrag + Beschluss:

Die geplanten Siedlungserweiterungsgebiete einschließlich das bisher als M8 und W15 dargestellte Gebiet entlang der Meilstraße und das Gewerbegebiet Ost sollen im Plan als Freihaltefläche Landwirtschaft gekennzeichnet werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	0

Von den Siedlungserweiterungsgebiete SE02 Am Weingarten, SE01 Unteres Ehnbachfeld, SE03 Oberes Ehnbachfeld, SE04 Dornach, SE05 Schönau, und den Gebieten M8 und W15 entlang der Meilstraße, S27 gewerbliche Sondernutzung sollen folgende weiterverfolgt und damit im Anhang zum ÖROK angeführt werden. Gewerbliche Sondernutzung soll aufgeteilt werden.

Dies wird entsprechend der Ausschussmeinung abgestimmt.

Antrag + Beschluss:
SE02 Am Weingarten, SE01 Unteres Ehnbachfeld (einschließlich entlang der Meilstraße), SE03 Oberes Ehnbachfeld, SE04 Dornach

Entsprechend der Ausschussempfehlung soll das weiterzuverfolgt werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Ja:	18	Nein:	1	Enthaltung:	1

Antrag + Beschluss:
SE05 Schönau

Entsprechend der Ausschussempfehlung soll das nicht weiterverfolgt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	

Es folgt eine Diskussion in Bezug auf das Gewerbegebiet:
GR Ing. Wolfgang Hütter erklärt, dass seiner Ansicht nach er das Gewerbegebiet Ost nicht als Konkurrenz zu den „Zirler Wiesen" sondern als Ergänzung sieht. Es sollten daher die Planungen beim Gebiet der Fa. Plattner nicht außer Acht gelassen werden und weiterverfolgt werden.
Ausschussobmann Josef Gspan berichtet, dass in seinem Ausschuss über dies diskutiert wurde, auch in Bezug auf die Situation Gießen. Die Ansicht des Ausschusses ist jene, dass es problematisch ist, den Gießen zu verlegen, aufgrund der Aue. Es sollte deswegen nicht mehr weiterverfolgt werden. Deshalb hat man das Gebiet südlich vom Gießen ganz rausgenommen. Das Gebiet nördlich von Gießen war zu klein.
GR Ing. Wolfgang Hütter fügt hinzu, dass im Verfahren der Bezirkshauptmannschaft die Gemeinde keine Parteistellung hat.
GR Arch. Dipl. -Ing. Rainer Schöpf fügt hinzu, dass die Gemeinde dort nicht Eigentümerin der Gst ist.
GR Hermann Stolze findet, dass in diesem Bereich die Entwicklung von hochwertigen Gewerbeflächen wegen der Autobahn und der damit verbundenen akustischen Beeinträchti-

gungen nicht gut machbar ist. Er will vermeiden, dass einfach irgendwo LKW hingestellt werden, das Ziel sollte sein, dass mehr Arbeitnehmer vorhanden sind.
GR Ing. Wolfgang Hütter erklärt, dass dies nicht vergleichbar ist, da auch Betriebe mit vielen Arbeitsplätzen geschaffen werden könnten und außerdem ist die Lage verkehrsmäßig gut erschließbar.
GR Georg Kapferer meint, dass im Gewerbegebiet die Gemeinde sich schon wehren kann, vor allem in Bezug auf den Gießen.
GR Ing. Dr. Karl Neurauter findet, dass dies keine faire Einstellung gegenüber dem Unternehmen ist, man hatte immer die Zustimmung gegeben und nach 15 Jahren soll das nicht mehr so sein. Er findet den Ansatz nicht gut und außerdem wirtschaftsfeindlich.
Bgm Mag Thomas Öfner befürwortet die Meinungen von GR Ing. Wolfgang Hütter und GR Ing. Dr. Karl Neurauter und fügt hinzu, dass die Fa. Plattner schon Jahre lang Bestand hat.
GR Ing. Wolfgang Hütter fügt hinzu, dass der Gemeinderat in der Vergangenheit das Projekt Linksabbieger beschlossen hat.

Antrag + Beschluss:

S27 gewerbliche Sondernutzung

Entsprechend der Ausschussempfehlung soll das nicht weiterverfolgt werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Ja:	10	Nein:	9	Enthaltung:	

Betreffend der weiteren Siedlungserweiterungsgebiete ergeht die Frage ob diese im Anhang angeführt werden sollen vor allem betreffend Schaferstadel und die Entwicklung nach Norden, weil damit landwirtschaftliche Flächen gespart werden können.

Diskussion:
Ersatz-GR Martin Plattner fragt nach der Ersparnis der Flächen.
Ausschussobmann Josef Gspan erklärt die Empfehlung des Ausschusses, dass die Gemeinde eine Entwicklung nach Norden anstreben sollte.

Antrag + Beschluss:
Sollen weitere Siedlungserweiterungsgebiete im Anhang angeführt werden? Schaferstadel

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja:	5	Nein:	14	Enthaltung:	

Antrag + Beschluss:
Entwicklung nach Norden

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Ja:	16	Nein:	3	Enthaltung:	

GR Arch. Dipl. -Ing. Rainer Schöpf macht den Vorschlag einer Gewerbegebietserweiterung in der Meil und dass DI Rauch dies in die Planung mitaufnehmen könnte.

Es wird die Frage in den Raum gestellt, welche Auswirkung dies in Bezug auf das Ansuchen von Herrn Witting hat.
Es wird daraufhin über die vergangenen Ausschusssitzungen diskutiert.
GR Arch. Dipl. -Ing. Rainer Schöpf klärt auf, dass es für Herrn Witting ein Vorteil wäre.

Antrag + Beschluss:
Aufnahme Gewerbegebietserweiterung in der Meil

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	

Diskussion über die Bebauungsplanpflicht:

Ausschussobmann Josef Gspan berichtet über die Beratungen im Ausschuss und der Empfehlung von DI Rauch, welche im Bereich des Gewerbegebiets Zirler Wiesen geplant werden soll. Gesetzlich ist ein Gebiet zu definieren.
Es wird nach der Arbeitssitzung und der Bebauung im Kerngebiet gefragt.
GV Arch. Dipl. -Ing. Rainer Schöpf klärt darüber auf.
Ausschussobmann Josef Gspan informiert darüber, dass im Ausschuss im Beisein von DI Rauch über dieses Thema diskutiert wurde. Das Ergebnis ist, dass es im Zentrum kaum Fälle gibt, wo kein Bebauungsplan erforderlich ist. Daher soll das nur im Gewerbegebiet eingetragen werden. Grundsätzlich ist das für neue Siedlungsgebiete gedacht.

Antrag + Beschluss:
Die Bebauungsplanpflicht soll im Bereich des Gewerbegebiets Zirler Wiesen geplant werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	

Grundsätzliche Bebauungsplanpflicht

Für das übrige Gebiet gibt es eine grundsätzliche Bebauungsplanpflicht, wenn gewisse Bedingungen erfüllt sind, dazu gehört die Zahl der Wohneinheiten.

Antrag + Beschluss:
Die Erlassung von Bebauungsplänen ist verpflichtend...auf dem Grundstück mehr als 3 Wohneinheiten...errichtet werden. (statt im derzeitigen Entwurf mehr als 5 Wohneinheiten) Bsp Gst Größe mehr als 800 m^2. Die Änderung soll ist auf „mehr als 3 Wohneinheiten errichtet werden" (statt im Entwurf mehr als 5).

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	

Antrag + Beschluss:
Im Bereich der Zirler Mähder (Bruntl und Thomasegg) soll die forstwirtschaftliche Freihaltefläche in „landschaftlich wertvolle Freihaltefläche" abgeändert werden. (Bruntl: entsprechend der Eigentumsgrenze)

GR Arch. Dipl. -Ing. Rainer Schöpf verlässt den Raum.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	18	Nein:	0	Enthaltung:	

GR Arch. Dipl. -Ing. Rainer Schöpf betritt den Raum.

Antrag + Beschluss:
Hofstellen sollten nur im Bereich zwischen den gedachten Nord/Südlinien ca. Grenze Gp. 1154 und ca. Grenze Gp. 1046 und Gp. 1176 (jeweils Bereich Aue) möglich sein.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	

Sonstige Landwirtschaftliche Gebäude
DI Rauch wird den Plan betreffend der Grenzen entsprechend dem Beschluss vorlegen.
GR Ing. Dr. Karl Neurauter fragt nach, ob das an den Bestand angepasst ist.
Ausschussobmann Josef Gspan gibt an, dass bestehenden Sonderflächenwidmung „enthalten" sind.
GR Ing. Dr. Karl Neurauter fragt nach, ob die Gebäude in der Schönau der Widmung entsprechen.
Ausschussobmann Josef Gspan erklärt, dass derzeit eine Sonderflächen in der Schönau Ost (derzeit nur Kranebitter) vorhanden sind. An den Bestand ist es nicht angepasst, da in der Schönau viele Gebäude stehen
GR Ing. Dr. Karl Neurauter fragt nach den rechtlichen Problemen in Bezug auf den Gebäudebau.
GR Thomas Gobes fügt hinzu, dass die Gebäude, die Bestand sind, nicht sollten entfernt werden müssen.
Bgm Mag Thomas Öfner erklärt, dass dies vom Amt geprüft werden wird, wie die Situation diesbezüglich ist. Auch er ist der Meinung, dass der Bestand stehenbleiben sollte.

Antrag + Beschluss:
Sonstige Landwirtschaftliche Gebäude (siehe Pläne aus 2011, vier Bereiche deklariert auf denen gebaut werden darf)

Aue – Östliche Grenze gleiche Linie wie Hofstellen (mit Wohnmöglichkeit) nach Westen keine Einschränkung

Schönau – westlich bis Ostgrenze Gp. 1878 / 1870. Der östliche Bereich soll fallengelassen werden, da auch Hochwasserzone.

Dornach, Moosscheibe – wie im Plan dargestellt, westliche Teil keine Bauführungen zulässig

Zirler Wiesen, Neurauth – wie im Plan dargestellt (Autobahnmeisterei hinauf ermöglichen)

In diesen Gebieten sollten Sonderflächenwidmung, vorbehaltlich der amtlichen Prüfung (Gutachten etc.) in den anderen Gebieten nur ortsübliche Städel erlaubt sein. Dies unter dem Vorbehalt der Klärung, wie mit dem Bestand umzugehen ist.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen – 1 Enthaltung

Ja:	18	Nein:	1	Enthaltung:	1

Weiteres:
Zwei Grundstücke (Gp. 618/1 und Gp. 824) sollen hinsichtlich ökologische Freihaltefläche durch Gutachter überprüft werden (macht DI Rauch).

Thema Mobilitätskonzept:
Für den Ausschuss ist Konzept grundsätzlich in Ordnung, aber der Mobilitätsausschuss soll sich mit dem Thema befassen. Man sieht die Erstellung eines Mobilitätskonzeptes im Raumordnungsausschuss allerdings wegen der Kosten und Zeitverzögerung eher kritisch.
GR Arch. Dipl. -Ing. Rainer Schöpf merkt an, dass das Mobilitätskonzept parallel zum Raumordnungskonzept entstehen sollte und die Kosten mit ca. 40.000-50.000 Euro beziffert werden sollten.
GR Hermann Stolze teilt die Meinung nicht, denn das Mobilitätskonzept sieht er für die Flächenwidmung – ÖROK als sehr wichtig an und dies sollte nicht nur Aufgabe des Mobiltätsausschusses sein, sondern auch des Raumordnungsausschusses. Zudem fragt er nach der Möglichkeit, etwas im Nachhinein in den Plan hineinzugeben. Es wird besprochen, dass die Beschlüsse von heute vorbehaltlich der planlichen Darstellungen gelten.
Ausschussobmann Josef Gspan fügt hinzu, dass die Pläne vom Land begutachtet werden müssen und dann wird sicher noch einmal eine Überarbeitung erfolgen.
Es folgt eine Diskussion in Bezug auf das Mobilitätskonzept.
Bgm Mag Thomas Öfner berichtet davon, dass es Förderungsmöglichkeiten in Bezug auf das Mobilitätskonzept gibt. Er teilt auch die Meinung, dass aufgrund eines solchen Konzeptes die Entwicklung für das ÖROK verzögert wird.
2VBgm Victoria Rangger schlägt vor, mit Sigrid Sapinsky in Kontakt zu treten.
GR Arch. Dipl. -Ing. Rainer Schöpf meint, dass hinsichtlich des RO Konzeptes der zeitliche Druck nicht gegeben ist, da es bis 2019 beschlossen sein muss.
GR Ing. Wolfgang Hütter meint, dass die Fortschreibung des ÖROK nicht mehr verzögert werden sollte.
GR Ing. Dr. Karl Neurauter erklärt, dass die Verlängerung auf weitere 10 Jahre auf den Fehlplanungen, die in der Vergangenheit vorgeherrscht haben, beruht.
GR Josef Gspan erläutert, dass 2009 aufgrund eines Problems im Zusammenhang mit einem Weg die Aufsichtsbehörde festgestellt hat, dass die Kundmachung des derzeitigen ÖROK nicht richtig war (und es keine Fehlplanungen waren), daher war das erst mit 2009 in Geltung.
In zeitlicher Hinsicht bereiten die Gutachten Probleme, weil diese teilweise vom Jahr 2011 stammen und wenn das weiter verzögert wird, wahrscheinlich manche neu zu machen sein werden. Das Land hat zudem klar Stellung bezogen, je früher, desto besser.
Bgm Mag Thomas Öfner teilt mit, dass man sich rasch bei DI Rauch und Sigrid Sapinsky in Bezug auf Mobilitätskonzept und der damit verbundenen Kosten erkundigen wird. Die Entscheidung hängt auch davon ab, wie viel Zeit die Erstellung dieses Konzeptes in Anspruch nimmt.

zu 19 Beratung und Beschlussfassung betreffend Gst403 und 2963/6 - Umwidmung von Freiland in Gewerbegebiet

Vorlage: BAU/083/2016

Bericht:
Ausschussobmann Josef Gspan berichtet über die Änderung der Teilfläche von Gst 403 und 2963/6. Es hat eine Besprechung mit den Grundeigentümern betreffend der Baulandumlegung gegeben. Da hat man diese Unstimmigkeit erkannt. Vom Land wurde die Empfehlung abgegeben, dies gleich zu vollziehen. Die Widmungsgrenze sollte auf die nordwestliche Grenze von 2963/6 (die Linie von Grenzpunkt 21146 auf ca. 28083) verlegt werden.
Grünstreifen zum Inn ist auch hier einzuhalten.
Diskussion:
GR Hermann Stolze fragt nach dem Standort der Umwidmung.
Es folgt daraufhin eine Diskussion über den beigelegten Plan.

Antrag + Beschluss:
Die Widmungsgrenze sollte auf die nordwestliche Grenze von 2963/6 (die Linie von Grenzpunkt 21146 auf ca. 28083) verlegt werden. Der Raumplaner soll mit der Änderung des Flächenwidmungsplanes für die beschriebene Fläche beauftragt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	

zu 20 Beratung und Beschlussfassung betreffend der Abänderung des Absatzes 1 Zweiter Satz der Bauwerkregelung für Wohnanlagen in Zirl der Regelung der Marktgemeinde Zirl für Wohnanlagen ab 4 Wohneinheiten
Vorlage: BAU/084/2016

Bericht:
Ausschussobmann Josef Gspan berichtet von der vorgeschlagenen Änderungen des zweiten Satzes des Absatz 1 des Punktes B) der Regelung der Marktgemeinde Zirl für Wohnanlagen ab 4 Wohneinheiten (geändert mit Beschluss im GR 22.09.2016). Diese Formulierung ist auch schon im Entwurf von 2005 enthalten.

Diskussion:
Keine Wortmeldungen.

Antrag + Beschluss:
Die Änderung entsprechend dem Entwurf B, Abs.1, zweiter Satz welche lautet: „Der Gemeinderat kann im Einzelfall eine höhere BMD beschließen." soll durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	

zu 21 Beratung und Beschlussfassung betreffend der Genehmigung der Haushaltsüberschreitungen
Vorlage: FIN/056/2016

Bericht:
Ausschussobmann Ing. Dr. Karl Neurauter berichtet vom Überprüfungsausschuss und den vorliegenden Haushaltsüberschreitungen sowie der im Session net befindlichen Liste. Die Überschreitungen mit Stand 10.10.2016 betragen Euro 1.355.276,42. Zudem berichtet er von den Vorberatungen des Überprüfungsausschusses vom 11.10.2016 und der genaueren Begutachtung der einzelnen Punkte Rechts- und Beratungskosten, Raumordnungskonzept, Öffentl. Arbeit Gemeinde Zeitung, Darlehen, Wettbewerb Dorferneuerung, Projektförderung Tourismus, Stammförderung Sport, Stammförderung Traditionen, Instandhaltung Straßen

und Wege (laufend und einmalig), Sportplatz Instandhaltung (laufend und einmalig), Infrastruktur Instandhaltung und Landw. Siedlungsgebiet Straßenbau / Kanal.
Er schildert das Problem bei allen Überschreitungen, dass man nicht weiß, wie diese bedeckt werden sollen. Daher sei eine Beurteilung schwierig.
Es gibt daher auch keine Aussicht, dass es Mehreinnahmen am Ende des Jahres gibt, weil dies niedriger ausfallen wird, als budgetiert.

Diskussion:
Bgm Mag Thomas Öfner erklärt die Grundsatzfrage des Gemeinderates aus seiner Sicht. Der Punkt der Erschließung des Landwirtschaftlichen Siedlungsgebietes wurde ausgenommen und im nächsten Tagesordnungspunkt aufgenommen.
In den vergangenen Perioden hat der Überprüfungsausschuss in den Sitzungen Überschreitungen geprüft und dem Gemeinderat nicht zur Genehmigung vorgelegt.
Er regt an, dass der Gemeinderat diese Vorgehensweise überdenken sollte.
Er berichtet vom nächsten Tagesordnungspunkt und dass ein Projekt vorgelegt wurde und eine Rechnung von mehr als € 100.000,-- bislang nicht freigegeben wurde, da er einen Beschuss des Gemeinderates dafür braucht. Es geht darum, dass der Gemeinderat überlegen muss, wie die weitere Vorgehensweise sein soll.
GR Ing. Dr. Karl Neurauter erklärt, dass es bei der Begründung von Überschreitungen immer eine Deckung gegeben hatte und es hatte immer einen Ausgleich gegeben. Jetzt liegt das Problem vor, dass die Konten auf Null stehen und somit ein Ausgleich nicht möglich ist.
Bgm Mag Thomas Öfner argumentiert, dass ein Budget vollzogen wird, bei dem einiges fehlt.
Es folgt eine Diskussion in Bezug auf die Vorgehensweise des Gemeinderates betreffend Haushaltsstellen, die im Minus sind.
Bgm Mag Thomas Öfner erklärt die Situation in Bezug auf die Rechtsanwaltskosten. Er hält fest, dass in der Vergangenheit die genaue Bedeckung zu jeder Überschreitung nicht dem Gemeinderat zur Genehmigung vorgelegt wurde.
Er teilt mit, dass er aufgrund der Anforderungen des Überprüfungsauschusses die Vorgehensweise überdacht hat. Gegenstand der Beschlussfassung ist somit die Freigabe der Haushaltsüberschreitungen.
GR Ing. Dr. Karl Neurauter stellt grundsätzlich die Frage der Überschreitungen. Es hat Beauftragungen gegeben, die nicht im Budget vorhanden sind. Er fordert die Einhaltung der Tiroler Gemeindeordnung ein. Schließlich trägt der Gemeinderat die Verantwortung über die finanzielle Lage der Gemeinde.

Antrag + Beschluss:
Die Haushaltsüberschreitungen mit Stand 10.10.2016 von Euro 1.355.276,42 werden im Sinne der Ausführungen mit Ausnahme folgender gesonderten Überprüfungsstellen des Ausschusses genehmigt:
Rechts- und Beratungskosten
Raumordnungskonzept
Öffentl. Arbeit Gemeinde Zeitung
Darlehen
Wettbewerb Dorferneuerung
Projektförderung Tourismus
Stammförderung Sport
Stammförderung Traditionen
Instandhaltung Straßen und Wege (laufend und einmalig)
Sportplatz Instandhaltung (laufend und einmalig)
Infrastruktur Instandhaltung
Landw. Siedlungsgebiet Straßenbau / Kanal

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	

zu 22 Beratung und Beschlussfassung betreffend Landwirtschaftliches Siedlungsgebiet Zirler Auen
Vorlage: AV/704/2016

Bericht:
Bgm Mag Thomas Öfner berichtet von der Vorstellung bei Ing. Dr. Molzer gemeinsam mit GR Georg Kapferer im April 2016 und der Frage, ob eine kostengünstigere Variante möglich ist.
Die Aussage von Ing. Dr. Molzer war klar jene, dass die Gemeinde Zirl zwar eine andere Variante wählen kann, aber dies ohne Förderungszusage vom Land Tirol.
Am 14.04.2016 wurde dem Bgm dann der Auftrag über € 843.000,-- vorgelegt. Die Abwicklung hat das Land Tirol übernommen, damals gab es in keinster Weise eine Überschreitung.
Im Voranschlag von 2016 waren € 950.000,-- als außerordentlicher Haushalt vorgesehen.
Im Juni 2016 kam dann die Mitteilung der Fa Fröschl, dass Kostenüberschreitungen aufgrund eines nicht entsprochenen Aushubmateriales vorliegen würden und dieses Aushubmaterial nicht für die Herstellung der Abfahrt verwendet werden könne und daher hochwertiges Material zugekauft werden muss. Dies ist als Hauptursache für die hohen Kosten zu sehen.
Er schildert weiters, dass das Projekt mitten im Bau war.
Gestern wurden von Ing. Dr. Molzer die Gesamtkosten von € 980.000,-- dem Amt mitgeteilt.
Sodann verliest er das diesbezügliche Mail von Ing. Dr. Molzer.
Aus diesem Grund hat er auch ersucht, den Tagesordnungspunkt betreffend der Weineckstraße zu vertagen.
Die letzte Rechnung vom Land Tirol war mit € 116.000 brutto veranschlagt. Er macht den Vorschlag, die fehlenden Summen aus dem Straßenbauprogramm zu finanzieren und zusätzlich um Bedarfszuweisungen anzusuchen.

Die Stellungnahme der Abteilung Finanzverwaltung der Marktgemeinde Zirl stellt sich wie folgt dar:

„In den Gemeinderatssitzungen vom 24.04.2014 und 15.10.2014 wurden die Änderungen des örtlichen Raumordnungskonzeptes bezüglich der „AUE – Landwirtschaftliche Bauführungen" beschlossen.

Mit dem Voranschlag 2014 wurden im Mittelfristigen Finanzplan die Kosten für die Erschließung mit insgesamt Euro 1.000.000,00, aufgeteilt wie folgt, beschlossen.

Kosten der Erschließung: (laut MFP)

	2014	*2015*	*Gesamt*
Grundablösen	*50.000,00*	*50.000,00*	*100.000,00*
Straßenbauten	*300.000,00*	*300.000,00*	*600.000,00*
Wasser/Kanal/Infr.	*150.000,00*	*150.000,00*	*300.000,00*
			1.000.000,00

Finanzierung der Erschließung: (laut MFP)

Darlehensaufnahme	*600.000,00*
Zuschuss des Landes (50% der Straßenbaukosten)	*300.000,00*
Anteil des ordentl. Haushaltes (Sonderaufschließungsbeitr.)	*100.000,00*
	1.000.000,00

Die Ausführungen haben sich verschoben und werden voraussichtlich im Jahr 2016 abgeschlossen.

Mit Stand vom 20.10.2016 wurden ausgegeben:

	2014	2015	2016 p.20.10.	Summe
Grundablösen	0,00	24.974,00	0,00	24.974,00
Straßenbauten	14.596,79	82.562,50	526.315,28	623.474,57
Wasser/Kanal	13.603,74	172.207,82	161.390,36	347.201,92
				995.650,49

Zuzüglich noch nicht angeordnete offene 3. Teilrechnung in Höhe von Euro 116.343,24. Die Schlussrechnung des Landes liegt noch nicht vor. Eine aktualisierte Kostenschätzung sollte vom Land noch vor der nächsten Gemeinderatssitzung eingehen und wird als Tischvorlage dem Gemeinderat vorgelegt.

Finanzierung bisher:

Das vom Gemeinderat beschlossene Darlehen in Höhe von Euro 600.000,00 wurde aufgenommen. Vom Land erfolgten Zahlungen an die Baufirma jedoch keine an die Gemeinde. Ungeklärt ist die rechtliche Situation hinsichtlich der Sonderaufschließungsbeiträge. Vom ordentlichen Haushalt wurden bisher zugeführt rd. Euro 88.000,00.

Voraussichtlich werden auf Grund der Finanzlage von der Aufsichtsbehörde derzeit keine weiteren Darlehen genehmigt. Als Variante sollte vorerst überlegt werden, von dem beschlossenen Darlehen für den Straßenbau Euro 200.000,00 zur teilweisen Finanzierung der Erschließung des landw. Siedlungsgebietes zu verwenden.
Wie hoch eine Restfinanzierung notwendig sein wird ist abhängig ob vom Land noch Zuschüsse kommen und ob der Sonderaufschließungsbeitrag rechtens ist."

Bgm Mag Thomas Öfner teilt sodann mit, dass der Beschluss gefasst werden soll, dass diese Überschreitung genehmigt wird und dass das beschlossene Darlehen für den Straßenbau mit einem Betrag von € 200.000,-- zur teilweisen Finanzierung der Erschließung des landwirtschaftlichen Siedlungsgebietes verwendet wird.

<u>Diskussion:</u>
GR Ing. Dr. Karl Neurauter hinterfragt das Verhalten des Bürgermeisters und erklärt, dass der Bürgermeister den Gemeinderat damit befassen hätte müssen. Wenn kein Geld da ist, dann sollte es auch nicht ausgegeben werden. Es sollte vorab alles abgeklärt werden.
1 VBgm Iris Zangerl-Walser fragt nach, ob dies überhaupt zu stoppen gewesen wäre, da man ja mitten im Bau war.
GR Ing. Dr. Karl Neurauter stellt sich die Frage nach der Vorgehensweise.
Bgm Mag Thomas Öfner widerspricht GR Ing. Dr. Karl Neurauter und kritisiert die Aussage bzw den Vorschlag woher man das Geld nehmen sollte und hinterfragt warum das genau jetzt kommt. Die Gründe, warum ein enger Budgetvollzug vorliegt, sind vielfältig, aber liegen sicher nicht bei ihm. Außerdem liegt der enge Budgetvollzug nicht nur wegen dieser Angelegenheit vor.

Die Vorsorge im Budget fehlt eindeutig, aber das hat nicht dieser Gemeinderat beschlossen.
GR Ing. Dr. Karl Neurauter teilt mit, dass wenn das Budget nicht in Ordnung ist, dann sollte dies mitgeteilt werden.
Bgm Mag Thomas Öfner erklärt, dass ein Beschluss des Gemeinderates der Vorperiode vorliegt und dass man das Projekt nicht stoppen kann, wenn der Bagger schon da ist.
GR Ing. Dr. Karl Neurauter erklärt, dass es ihm um die rechtzeitige Eintreibung von Geld geht.
Bgm Mag Thomas Öfner kritisiert die Aussage, dass wegen diesem Linksabbieger kein Budget vorhanden ist.
GR Ing. Dr. Karl Neurauter fragt sodann nach der Aufstellung vom 27.10.2016 und dem Zuschuss des Landes.
Bgm Mag Thomas Öfner klärt über die Abwicklung auf. Der vereinbarte Subventionsschlüssel wird direkt bezahlt. Es fehlen somit € 300.000,--. Das Land Tirol hat die Rechnung geprüft und Ing. Dr. Molzer hat in einem Telefonat erklärt, für eine Einsichtnahme zur Verfügung zu stehen. Von der Prüfung des Überprüfungsausschusses muss die heutige Genehmigung nicht ausgenommen werden. Die Überschreitung muss jetzt genehmigt werden, damit die Rechnung bezahlt werden kann. Die Bedeckung dafür wird sodann vom Bgm erklärt.
GR Ing. Dr. Karl Neurauter fragt sodann nach der Bedarfszuweisung und ob diese projektbezogen ist.
Bgm Mag Thomas Öfner erklärt, dass dies abgeklärt werden wird.
GR Ing. Dr. Karl Neurauter fragt nach, ob die Darlehen grundsätzlich in der Kalkulation sind.
Es wird sodann die Berichtigung der Genehmigung der Niederschrift betreffend der Darlehensaufnahmen besprochen.

Antrag + Beschluss:
Die Kostenüberschreitung beim Projekt des außerordentlichen Haushaltes „Landwirtschaftliches Siedlungsgebiet Zirler Auen" wird bei gleichzeitiger Bedeckung aus dem Straßenbauprogramm genehmigt, dass das beschlossene Darlehen für den Straßenbau mit einem Betrag von Euro 200.000 zur teilweisen Finanzierung der Erschließung des landwirtschaftlichen Siedlungsgebietes verwendet wird. Die zusätzlich fehlende Bedeckung soll aus Mitteln der Bedarfszuweisung für das Straßenbauprogramm erfolgen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	

zu 23 Beratung und Beschlussfassung betreffend Gst 3305 (Parkplatz Franz-Plattner-Straße) - Verlängerung des Pachtvertrages
Vorlage: AL/597/2016

Bericht:
Ausschussobmann Ing Wolfgang Hütter berichtet, dass der Pachtvertrag mit Günther Forster des Parkplatzes P1 in der Franz-Plattner-Straße ausgelaufen ist und auf 5 weitere Jahre angepachtet werden sollte. Der Preis liegt bei 1 € / m^2 pro Jahr. Er geht sodann auf die Empfehlung des Ausschusses ein und verweist darauf, dass dieser Platz ein möglicher Standort betreffend einer Containerlösung für Kinderbetreuung wäre.

Diskussion:
GR Hermann Stolze sieht zwei Probleme: Erstens die Problematik in Bezug auf die Widmung, da eine widmungsfremde Nutzung nur für maximal 5 Jahre möglich ist, diese Thematik sollte von der Gemeinde daher ernst genommen werden. Zweitens hält er die Verlänge-

rung des Pachtvertrages für weitere 5 Jahre für bedenklich, er verweist diesbezüglich auf das Mobilitätskonzept und auf die Baumaterialien, die dort gelagert werden. Dass Personen Anhänger und Wohnwägen hinstellen, hält er für keinen richtigen Zugang zur Nutzung einer Parkfläche.
Bgm Mag Thomas Öfner erklärt, dass die Pachtvertragsverlängerung für diese Länge nicht unbedingt erforderlich ist. Es hat auch eine Diskussion im Hinblick auf eine mögliche Konkurrenz zum B4 gegeben.
Hinsichtlich der Nutzung wird dies vom Amt abgeklärt werden.
GR Alfred Stecher macht den Vorschlag, bis Ende des Jahres eine Entscheidung zu fällen und die Angelegenheit bis dahin zu belassen.

Antrag + Beschluss:
Es soll mit dem Grundeigentümer in Kontakt getreten und der Pachtvertrag grundsätzlich auf ein Jahr verlängert werden. Es sollte aber auch geklärt werden, ob eine längere Anpachtung des Grundstückes möglich ist, sodass dieses Gst allenfalls zur Aufstellung von Containern verwendet werden kann.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Ja:	18	Nein:	1	Enthaltung:	

zu 24 Beratung und Beschlussfassung betreffend dem Vorschlag zur Zufahrt Kindergarten Marktplatz von Michael Unterberger
Vorlage: INFR/097/2016

Bericht:
Dieser Tagesordnungspunkt wird im vertraulichen Teil behandelt.

zu 25 Beratung und Beschlussfassung betreffend Aufhebung der Verordnung zur Gemeindestraße Zirler Wiesen
Vorlage: INFR/121/2016

Bericht:
Ausschussobmann Georg Kapferer berichtet von der beabsichtigten Aufhebung der Verordnung zur Gemeindestraße Zirler Wiese. Es sollte mit einem neuen Plan eine neue Verordnung beschlossen werden.

Diskussion:
Keine Wortmeldungen.

Antrag + Beschluss:
Die Aufhebung der Verordnung vom 20.11.2014 betreffend die Erklärung zur öffentlichen Gemeindestraße Zirler Wiesen sollte durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	

zu 26 Beratung und Beschlussfassung betreffend dem Ansuchen von Martin Fritz um Benützung der Kurzparkzonenflächen für die Monate April bis September 2017 in der Kirchstraße 13
Vorlage: INFR/123/2016

Bericht:
Ausschussobmann Georg Kapferer berichtet vom Ansuchen von Martin Fritz um Benützung der Kurzparkzonenflächen für die Monate April bis September 2017 in der Kirchstraße 13 (Cafe 13) und erklärt zudem, dass dieses Ansuchen von Herrn Fritz jedes Jahr gestellt wird.

Diskussion:
Keine Wortmeldungen.

Antrag + Beschluss:
Dem Antrag von Martin Fritz um Benützung der Kurzparkzonenflächen in der Kirchstraße 13 für die Monate April bis September 2017 soll nachgekommen werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	

zu 27 Beratung und Beschlussfassung betreffend dem Ansuchen auf Grunderwerb - Bühelstraße 9 Bockreis/Heger
Vorlage: INFR/128/2016

Bericht:
Ausschussobmann Georg Kapferer berichtet vom Ansuchen, dass auf Gemeindegrund ein Rosenstock platziert werden soll. Es ist aber nicht ganz klar, wo der Rosenstock hingesetzt wird.
Der Ausschuss sieht die Sinnhaftigkeit dieses Antrages als nicht gegeben an.
In diesem Bereich hat der Gehsteig nicht eine übermäßige Breite und sollte nicht zusätzlich eingeengt werden.

Diskussion:
GR Hermann Stolze regt an, dass man Personen Rosen pflanzen lassen sollten.
GR Alfred Stecher klärt über den Grundgedanken der Antragsteller auf, dass der aufgrund der Werbeplakate wegkommende Rosenstock ersetzt werden soll.
Bgm Mag Thomas Öfner teilt mit, dass er grundsätzlich die Zustimmung für so einen Antrag erteilt, aber wenn die Gehsteigbreite dadurch nicht gewährleistet wird, diesem Antrag keine Zustimmung erteilt werden kann.
Es folgt eine allgemeine Diskussion, aus welcher hervorgeht, dass der Antragsteller einen Rosenstock auf seinem Grund aufstellen sollte.

Antrag + Beschluss:
Das Ansuchen von Brockreis/Heger betreffend dem Grunderwerb für das Aufstellen eines Rosentstockes auf der Bühelstraße 9 wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig abgelehnt

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	

zu 28 Beratung und Beschlussfassung über die Verordnung zur Gemeindestraße Weineckstraße - Gutachten Hirschhuber
Vorlage: AV/532/2015

Bericht:
Dieser Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

zu 29 Beratung und Beschlussfassung betreffend der Verordnung eines beidsei-

tigen Halte- und Parkverbot auf dem Straßenabschnitt Bahnhofstraße bis hin zur Straßenmeisterei Zirl
Vorlage: INFR/130/2016

Bericht:
Ausschussobmann Georg Kapferer berichtet vom Standort und der Erfordernis der Verordnung eines Halte- und Parkverbotes.
Er berichtet von der Ausschussempfehlung, dass diese Verordnung bis zur Straßenmeisterei gelten sollte und nicht nur bis zur Bushaltestelle.

Diskussion:
GR Ing. Wolfgang Hütter erklärt, wenn die StVO sowieso Vorkehrungen vorsieht, ob dann darüber eine Verordnung gemacht werden kann.
Bgm Mag Thomas Öfner berichtet, dass er sich selbst dort die Situation angeschaut hat.
Es wird über den Standort allgemein diskutiert.
GR Ing. Dr. Karl Neurauter findet es wichtig für die Haltestellten, dass dort nicht geparkt wird, es sollten aber die Betriebe dadurch nicht eingeengt werden.
Ausschussobmann Georg Kapferer erklärt, dass dies nicht der Fall ist.
GR Lukas Kaufmann fragt nach dem Beginn des Verbotes. Er findet, dass es bei der Verkehrsinsel beginnen sollte.
1Vbgm Iris Zangerl-Walser fragt nach, ob auf beiden Seiten ein Halte- und Parkverbot erforderlich ist oder ob auf einer Seite eines ausreicht.
GR Georg Kapferer fragt nach der Sinnhaftigkeit.
GR Ing. Wolfgang Hütter erklärt, dass Wirtschaftsbetriebe dort angesiedelt sind und dass sich noch keiner beschwert hat.
GR Georg Kapferer erklärt, dass die ASFINAG sich darüber beschwert hat.
2 VBgm Victoria Rangger fragt nach, ob es nicht sinnvoller ist, wenn man den Wachdienst dort hinschickt.
Bgm Mag Thomas Öfner klärt über die Situation im Fambozi auf und dass der Wachdienst dort rege kontrolliert.
Es folgt eine Diskussion betreffend der dort wohnenden Anrainer und der Parkplatzsituation.
Bgm Mag Thomas Öfner liest sodann die Verhandlungsschrift des verkehrstechnischen Sachverständigen vor.

Antrag + Beschluss:

1. **Wie in der Stellungnahme des verkehrstechnischen Sachverständigen festgehalten, soll im Bereich Bahnhofstraße bis Buswendeplatz ein beidseitiges Halte- und Parkverbot beschlossen werden.**

   Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	

2. **Beim Straßenabschnitt Buswendeplatz bis zur Straßenmeisterei soll in Richtung Westen gesehen auf der rechten Straßenseite ein einseitiges Halte- und Parkverbot beschlossen werden.**

   Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Ja:	15	Nein:	4	Enthaltung:	

zu 30 Beratung und Beschlussfassung betreffend der Weiterentwicklung Jugendarbeit
Vorlage: AV/699/2016

Bericht:
Ausschussobfrau Iris Zangerl-Walser berichtet vom vorliegenden Projekt und dem JuZe und der Moja, es sollte darüber gestellt einen Dachverband geben. Begonnen wurde dieses Projekt „Weiterentwicklung Jugendarbeit Zirl" noch unter der Arbeit von Johanna Stieger. Als Moderator war Charly Stark dabei, er hat die Jugendarbeit in diversen Bezirken gegründet und begleitet. In Zirl beschäftigte Jugendarbeiter waren alle dabei, beim vorletzten Treffen wurde gebeten, dass nach der nächsten Runde ein Abschluss gefunden werden soll. Das Projekt liegt jetzt schriftlich vor. Bei der Frage, ob das Projekt weiterverfolgt werden soll oder nicht geht es im Konkreten darum, dass das JuZe und die Moja zusammengeführt werden sollen. Sie berichtet weiters von den anwesenden Personen und der diesbezüglichen Ausarbeitungen. Nach Beschlussfassung müsste geklärt werden, ob die Vereinsstatuten vom Juze laut der Ausarbeitung der Projektgruppe so geändert werden könnte, oder ob man einen neuen Verein gründen müsste.
Die Moja Gemeindebediensteten haben ihre Zustimmung erteilt, um als Vereinsmitarbeiterinnen eingestellt zu werden. Es sollen bei diesem Verein mindestens 5 Mitglieder sein, davon 2 von der Gemeinde. Es stellt sich daher die Frage, ob dieses Projekt weiterentwickelt werden soll oder nicht.

Diskussion:
Bgm Mag Thomas Öfner fügt hinzu, dass heute ein Grundsatzbeschluss gefasst werden soll. Er weist auf die personellen Auswirkungen hin.
GR Alfred Stecher ist für die Projetweiterverfolgung und erzählt von seinen Erfahrungen in Bezug auf die JungbürgerInnen. Es ist von der Jugend ein Bedarf an Raum gegeben. Da gibt es einen extremen Handlungsbedarf.
GR Hermann Stolze fügt hinzu, dass bei den Besprechungen herausgekommen ist, dass der Raummangel im Konkreten bedeutet, wenn die Öffnungszeiten von JuZe vorbei sind, die Jugendlichen nicht wissen wohin sie gehen sollen. Es werden somit dringend Räume benötigt, welche nicht zeitlich eingeschränkt zur Verfügung stehen.
2 VBgm Victoria Rangger teilt mit, dass von der MoJA sehr gute Arbeit geleistet wird. Es sollte auf alle Fälle ein Grundsatzbeschluss gefasst werden, dass diese Richtung weiterverfolgt wird.

Antrag + Beschluss:
Die Weiterentwicklung der Jugendarbeit gemäß dem vorliegenden Projekt vom 04.10.2016 soll weiterverfolgt werden. Detailausarbeitungen zum vorgelegten Grundkonzept sollen ausgearbeitet werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	

zu 31 Beratung und Beschlussfassung betreffend dem Subventionsansuchen Frühjahr 2016 B4 - Perspektiven für Kinder
Vorlage: AV/700/2016

Bericht:
Ausschussobfrau Iris Zangerl-Walser berichtet vom Beschluss des Gemeinderates vom 22.09.2016 und der Beschlussfassung, dass ab 01.09.2016 die B4-Miete für soziale Veranstaltungen gratis sein soll. Die in Rede stehende Veranstaltung des Vereins „Perspektive für Kinder" geht zurück auf das Frühjahr 2016, es muss dieser Antrag daher nochmals beschlossen werden.

Diskussion:
Bgm Mag Thomas Öfner fragt nach der Höhe der Rechnung.

1 VBgm Iris Zangerl-Walser erklärt die Beträge der Rechnung und geht ua auf Getränke (welche selber bezahlt werden sollen), Raummiete (€ 715,--), Mietmobiliar und Gastronomieartikel (€ 380,--) und Personal (€ 60,--) ein. Es handelt sich um Gesamtkosten in Höhe von netto € 1155,--.
Ersatz-GR Martin Plattner fragt nach der Abwicklung der Veranstaltung.
1 VBgm Iris Zangerl-Walser klärt darüber auf.

Antrag + Beschluss:
Die Mietkosten für das Frühlingsbeginnfest 2016 im B4 sollen dem Verein „Perspektive für Kinder" erlassen werden. (Miete+Mietmobiliar+Gastronomieartikel). Es werden daher die Gesamtkosten von netto € 1155,-- übernommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	

zu 32 Beratung und Beschlussfassung betreffend dem Antrag von frischerwindundgrüne auf Durchführung eines Demografie Checks für die Marktgemeinde Zirl
Vorlage: AL/570/2016

Bericht:
Ausschussobfrau Iris Zangerl-Walser berichtet von den Vorberatungen und den eingeholten Angeboten:
Fr. Dr. Gerlind Weber bietet die Durchführung um € 14.400,-- an.
Die BOKU in Wien hat ein Anbot in Höhe von € 18.804,54 gelegt.
Das ist gerade in der jetzigen Zeit sehr viel Geld. Die AL hat eine Anfrage ans Land gestellt. Von dort wurde mitgeteilt, dass dies auf Bezirksebene gemacht werde, nicht aber auf Gemeindeebene. Das Land würde von der Beauftragung an Externe eher abraten, da eine derartige Prognose sehr unsicher ist. Auch GR Hermann Stolze (Antragsteller frischerwindundgrüne) ist überrascht von der Höhe der Kosten.
Ausschussobfrau Iris Zangerl-Walser unterbreitet daher folgenden Vorschlag: Es sollte mit der Unterstützung vom Land selbst ein Demografiecheck erstellt werden. Dies sollte vom Meldeamt gemeinsam mit einer Projektgruppe, welche sich aus Mitgliedern von den Ausschüssen Soziale, Raumordnung, Bildung und Leitungsausschuss zusammensetzt, durchgeführt werden. Sie würde die Projektleitung übernehmen. Auch GR Hermann Stolze würde diese Vorgehensweise befürworten.

Diskussion:
GR Hermann Stolze bedankt sich für die professionelle Betreuung des Antrages seiner Fraktion. Finanziell kann man sich den Demografiecheck nicht leisten, aber er findet die Gruppengestaltung gut, da damit eine Basis für längerfristige Entscheidungen hergestellt werden kann.
Ersatz-GR Wolfgang Graf teilt mit, dass eine Frist für den Abschluss des Projektes festgesetzt werden sollte.
1 VBgm Iris Zangerl-Walser fügt hinzu, dass Dr. Weber eine Fertigstellung binnen einem Jahr zugesichert hat. Dies ist auch ein Grund, warum man die Zustimmung für die Lösung in Zusammenarbeit mit dem Land geben sollte. Der Herbst 2017 für eine Präsentation wäre wünschenswert.
Es folgte eine Diskussion in Bezug auf die Schwierigkeit der Arbeit mit Statistiken und der Zusammenarbeit mit dem Land.

Antrag + Beschluss:

Es soll eine kleine Gruppe gebildet werden, die die benötigten Daten mit Unterstützung des Meldeamtes der Marktgemeinde Zirl und der Tiroler Landesregierung, Abt. Landesstatistik, erarbeitet. Mitglieder dieser Gruppe sollen aus den Ausschüssen Raumordnung, Soziales, Bildung, und Leitungsausschuss sein. Als Leiterin wird VBgm Iris Zangerl-Walser fungieren.
Die Frist für die Ergebnispräsentierung wird der Herbst 2017 sein.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	

zu 33 Anfragen an den Gemeindevorstand
Bericht:
Keine Anfragen.

zu 34 Allfälliges, Anträge und Anfragen
Bericht:
Bgm Mag Thomas Öfner berichtet von der Beschlussfassung in der letzten Sitzung des Gemeinderates vom 22.09.2016 betreffend der Darlehensaufnahmen in Höhe von € 640.000,-- und der Erforderlichkeit des Dringlichkeitsbeschlusses in Bezug auf die Änderung des Fixzinssatzes.

Diskussion:
GR Josef Gspan fragt nach der Rücklage, ob es sich um eine Sonderrücklage oder eine Betriebsmittelrücklage handelt.
Bgm Mag Thomas Öfner erklärt, dass er dies aus dem Aktenvermerk vom Finanzverwalter Josef Gritsch nicht entnehmen kann.
GR Ing. Dr. Karl Neurauter fragt nach dem Datum des Aktenvermerkes und warum dieser nicht direkt mit der Einladung sondern einen Tag später verschickt wurde.
Bgm Mag Thomas Öfner erklärt, dass diese Anregung für die zukünftige Vorgehensweise berücksichtigt wird.

Antrag + Beschluss:
Dem Antrag wird die Dringlichkeit zuerkannt.

Abstimmungsergebnis: beschlossen / vertagt

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	

Antrag + Beschluss:
Es werden vier Darlehen mit einer Gesamthöhe von 640.000

- **Darlehen für das Straßenprogramm 2016 Euro 350.000,00**
- **Darlehen für den Ankauf der Räume Bürgerservice Euro 110.000,00**
- **Darlehen für die Sanierung von Gemeindeobjekten Euro 130.000,00**
- **Darlehen für die Erweiterung des Friedhofes Euro 50.000.00**

bei der Tiroler Sparkasse Bank AG mit einem Fixzinssatz von 1,22% auf 15 Jahre aufgenommen werden. Vorübergehend, bis längstens der Auszahlung der Darlehen notwendigen Beträge sollen aus den Sonderrücklagen bis maximal Euro 400.000, entnommen werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	

Bgm Mag Thomas Öfner fragt die GemeinderätInnen und Ersatz-GemeinderätInnen, ob noch etwas unter Allfälliges, Anträge und Anfragen vorgebracht wird.
Ersatz-GR Martin Plattner regt an, dass der Wickeltisch im B4 immer noch nicht aufgestellt wurde.
Bgm Mag Thomas Öfner erklärt, dass dem Grund dafür nachgegangen werde.
GR Ing. Dr. Karl Neurauter fragt nach der Kundmachung des Abwasserverbandes in Bezug auf die aufgenommenen Darlehen. Er stellt die Frage was nach Ablauf der zwei Jahre passiert, welche Folgen erwartet werden können und warum nicht mehr Kredit benötigt werde.
Bgm Mag Thomas Öfner erklärt, dasss diesbezüglich Bedarfszuweisungen fließen sollten.
GR Ing. Dr. Karl Neurauter teilt mit, dass die Gemeinde Newsletter betreffend der Kundmachungen so spät verschickt, dass in den meisten Fällen die Frist schon abgelaufen ist.
GR Josef Gspan erklärt, dass dies von EDV Gspan verschickt wird und versucht wird, immer die Frist einzuhalten.
2 VBgm Victoria Rangger fragt nach den Beratungskosten und den Überschreitungen in Bezug auf die Planungen betreffend Martinsbühel. Sie erwähnt diesbezüglich das Kapferer Areal, die Rechtssache Bodner, die Angelegenheit Unterberger und fragt nach der Thematik Perfler, ob es diesbezüglich einen eigenen Budgetposten gibt.
Bgm Mag Thomas Öfner erklärt, dass betreffend dieser Kosten es die Überschreitungen gibt.
2VBgm Victoria Rangger verweist auf die Motocross Strecke und findet, dass die Jugendlichen dort kontrolliert werden sollten.
GR Ing. Dr. Karl Neurauter fragt nach dem Parkplatz am Schlossbach und warum die alte Regelung nicht vollzogen wird.
Bgm Mag Thomas Öfner erklärt die Situation und beschreibt, dass seiner Ansicht nach kein Vandalenakt vorliegt, sondern dies bewusst gemacht wurde. Es gibt grundsätzlich einen Beschluss des Gemeinderates.
2 VBgm Victoria Rangger fragt nach den Kosten für die aufgestellten Bänke und der dafür aufgebrachten Kosten der Bauhofmitarbeiter, vor allem fragt sie danach, wo diese zugeteilt werden.
Bgm Mag Thomas Öfner denkt, dass das der Bauhof machen kann und verweist auf das Budget betreffend dem Leitbild.
GR Thomas Pichler erklärt, dass diese Bänke auf öffentlichem Grund stehen und fragt nach, ob es nicht aus Sicherheitsgründen einen Gemeinderatsbeschluss braucht.
Bgm Mag Thomas Öfner lässt dies prüfen und fragt sich wo das Risiko gesehen wird.
1 VBgm Iris Zangerl-Walser erklärt, dass im Frühjahr 2016 sie vom Seniorenverein angesprochen wurde, dass es zu wenig Bänke gibt, deswegen wurde die Aktion mit der Spende an die Gemeinde der Bänke gestartet. Die Gemeinde hat sich dadurch Geld gespart.
Bgm Mag Thomas Öfner fasst zusammen, dass die Frage gestellt wurde, ob für das Bänke aufstellen ein Beschluss des Gemeinderates benötigt wird und die diesbezügliche Haftungsfrage. Er erklärt die Versicherung der Marktgemeinde Zirl.

Ersatz-GR Wolfgang Graf berichtet von einem Gerücht, dass es eine Baummarkierung gibt und dass ein TÜV sein soll für Bäume, die alt und brüchig sind.
GR Viktoria Hammer erklärt die Thematik eines Baumkatasters und dass eine Firma beauftragt wird, welche jährlich die Bäume kontrolliert, damit keine Schäden bei Wind auftreten. Die Gemeinde müsste eine solche Firma beauftragen, was wiederum mit Kosten verbunden ist.
Ersatz-GR Wolfgang Graf erklärt den Anlassfall für diese Fragestellung. Es handelt sich um den Baum bei der Bushaltestelle in Eigenhofen.
Bgm Mag Thomas Öfner erklärt, dass dies vom zuständigen Sachbearbeiter der Marktgemeinde Zirl geprüft werden wird.
GR Thomas Gobes fragt nach den Vereinen und der letzten Beschlussfassung des Gemeinderates in Bezug auf die Pauschale.

Bgm Mag Thomas Öfner teilt mit, dass die Ballpauschale so wie sie ist steht. Das Grundsatzthema sollte gelöst werden. Das Spannungsfeld im Haus stellt die Bühne, die Beleuchtung und die Technik dar und dass es häufige Anfragen in Bezug auf Veranstaltungen gibt, aber eine endgültige Lösung noch nicht gefunden wurde. Die Dame, die da war und begutachtet hat, hat in der Theorie Ansätze. Er fragt sodann nach, ob es für die beschlossene Pauschale dann auch keine Bälle geben wird.
GR Thomas Gobes erklärt, dass aufgrund der Höhe des Preises dies sich nicht rentieren wird. 1.900,-- Euro Pauschale sind zu viel, da zudem Getränke und Musik organisiert werden müssen. Damit die Musik und die Miete eingebracht werden kann, muss zuerst viel Umsatz gemacht werden.
Bgm Mag Thomas Öfner erklärt, dass es mehrere Lösungen gibt. Er regt an ein Subventionsansuchen inklusive Finanzierungsplan vorzulegen. Die Intention, das B4 für einen Ball heranzuziehen sei nämlich groß.
2 VBgm Victoria Rangger teilt mit, dass das B4 nicht immer im negativen Sinn gesehen werden soll.
Es folgt eine rege Diskussion in Bezug auf Veranstaltungen von Vereinen im B4.
Bgm Mag Thomas Öfner erklärt, dass er in der „Zwickmühle" steht in Bezug auf die Vereinssicht und die Sicht des B4.
GR Margit Gastl fragt nach den Hundefreilaufzonen und dem Stand diesbezüglich.
GR Georg Kapferer erklärt, dass es einen Termin gibt.
Abschließend wird angeregt, alle Anhänge im Session in pdf abzuspeichern, da die anderen Formate nicht zu öffnen sind.

Nicht öffentlicher Teil

- Es werden keine Anfragen an den Leitungsausschuss gestellt.
- Es wurde eine Erbantrittserklärung betreffend einer Verlassenschaftssache beschlossen.
- Es wurde dem Bürgermeister ein Verhandlungsmandat für den Vergleichsabschluss betreffend Zufahrt Kindergarten Marktplatz erteilt.

Bgm. Mag. Thomas Öfner

AL Dr. Veronika Sepp-Zweckmair
Schriftführerin

1 VBgm. Iris Zangerl-Walser

2 VBgm. Victoria Rangger